



Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken 2017

Dokumentation

Verleihung an Étienne Balibar

Freitag, 1. Dezember 2017

Rathaus Bremen, Obere Rathaushalle



Inhalt

Begrüßung Antonia Grunenberg

Begründung der Jury Thomas Alkemeyer

Joachim Lohse für den Senat
der Hansestadt Bremen

Peter Siller für die Heinrich Böll Stiftung

Vortrag Étienne Balibar

Laudatio Vlasta Jalušič

Symposium **Europa – Chaos und Pluralität**
Symposium zur Verleihung des
Hannah-Arendt-Preis 2017 mit Étienne Balibar,
Antonia Grunenberg, Vlasta Jalušič,
Martin Nonhoff, Frieder Otto Wolf

Begrüßung Antonia Grunenberg



**Sehr geehrter Herr Prof. Balibar,
sehr geehrter Herr Senator Lohse,
lieber Peter Siller,
meine Damen und Herren,**

Im Namen des „Hannah Arendt Vereins für politisches Denken“ begrüße ich Sie zur Verleihung des „Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken“ 2017 an Étienne Balibar.

Der Verlauf des Abends gestaltet sich folgendermaßen:

Es folgt die Begründung der Jury, vorgetragen von Prof. Thomas Alkemeyer (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg). Als Vertreter der den Preis finanzierenden Institutionen werden Senator Lohse für die Freie Hansestadt Bremen und Peter Siller für die Heinrich Böll Stiftung sprechen. Daran schließt sich der Festvortrag von Prof. Étienne Balibar an.

Es folgt die Laudatio, die Prof. Vlasta Jalušič, Friedensinstitut Ljubljana hält.

Dieser Teil des Abends endet wie in jedem Jahr mit der Preisübergabe und mit einem Sektempfang im Nebenraum.

Im Anschluss laden wir zu einem festlichen Buffet zu Ehren des Preisträgers im Institut Français an der Contrescarpe ein.

Dies ist das Programm für den heutigen Abend.

Wie schon in den vergangenen Jahren findet am morgigen Samstag um 11 Uhr im Institut Français ein Symposium mit dem Preisträger statt. Dort wird Gelegenheit sein, über die im Vorfeld und auch heute Abend thematisierte Kritik am Preisträger und am Hannah Arendt Verein sich auszutauschen.

Das Symposium steht diesmal unter dem Titel: „Europa – Chaos und Pluralität“.

Kann man wirklich sagen, dass das Projekt Europa angesichts des „Versagens der europäischen Flüchtlingspolitik“, des Wiedererstarkens populistischer Tendenzen und einer einseitigen Finanzpolitik gescheitert ist? Befindet sich Europa in einem Zustand des Chaos?

Wie lässt sich der höchst heterogene und komplexe europäische Raum (neu) ausbalancieren? Und wie entgeht man, aus der Perspektive Arendts gefragt, hierbei der Gefahr, einem „Europa-Wunschbild“ hinterherzulaufen, dessen Nichtübereinstimmung mit der Realität dann umso wütendere Reaktionen der europäischen Völker hervorruft?

Es werden morgen ab 11 Uhr diskutieren: Étienne Balibar, Vlasta Jalušič, Frieder Otto Wolf und Martin Nonhoff.

Meine Damen und Herren, dieser Preis ist ein europäisch-transatlantischer Preis. Das heißt im Denken der Namensgeberin wie auch in den Arbeiten der Preisträgerinnen und Preisträger ist diese gemeinsame europäisch-amerikanische Perspektive immer mit angesprochen, sei es kritisch oder zustimmend oder beides. Ich sage das angesichts eines französischen Preisträgers, der in den Vereinigten Staaten lehrt und um dessen historisches Erbe weiß.

Hannah Arendt hat ihre Bücher in den Vereinigten Staaten geschrieben, aber im Blick hatte sie immer den Aufbau eines Europa, das sich der Schutzbedürftigkeit des politischen Raums bewusst ist.

Doch was soll das heutige Europa von den Vereinigten Staaten lernen? Von einem Land, dessen höchster Repräsentant aller Welt signalisiert, dass es sich aus der gemeinsamen Welt zurückziehen will, um in ein Zeitalter nationalstaatlicher Politik „einzukehren“, das es so nie gegeben hat?

Hinzu kommt: Ein solcher republikanischer Zusammenschluss von Staaten wie in den USA ist hierzulande nicht möglich. Europa gründet auf einer zugleich starken wie fragilen und diktaturanfälligen Tradition von Nationalstaaten. Dies sage ich angesichts aller westlichen Diskurse darüber, dass „wir“ die Epoche der Nationalstaaten längst hinter uns gelassen hätten. Die Vereinigten Staaten sind einerseits ein Staat, der auf der Vertreibung von Ureinwohnern beruht, und in dem sich andererseits verschiedenste Einwande-

rungsgesellschaften zusammengeschlossen haben. Natürlich kann man sich wünschen, wie dies unlängst Ulrike Guérot getan hat, dass Europa zu einer großen Republik würde und das gemeinsame Wohl aller Staaten von einer republikanischen Zentrale aus geregelt würde, aber über dieses Modell geht die Wirklichkeit jeden Tag wortlos hinweg.

Worin also liegt der transatlantische Bezug dieses Preises, der heute Abend an einen ebenso leidenschaftlichen wie kritischen französischen Europäer vergeben wird? Er liegt meines Erachtens darin, dass Europa ein nicht endender Prozess von Institutionenbildung und politischer Machtbildung von unten ist, von dominanten und um Anerkennung ringenden Interessen, von Völkern und Nationen, von Gruppen und Individuen, der sich in der Spannung zwischen Zentrale und Peripherien, Kulturen und Geschichtserzählungen, zwischen Erfahrungen und Wünschen vollzieht. Und der nicht kriegerisch ausgetragen wird. Diesen Prozess haben die Vereinigten Staaten seinerzeit vollzogen, ehe sie sich vereinigten, nur eben als republikanischer Staatenbund und – ja – nach einem Bürgerkrieg und nicht – wie in Europa – in der merkwürdigen Form einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik ohne ein gemeinsames politisches Selbstverständnis.

Lassen Sie mich nur auf einen Aspekt dieses merkwürdigen europäischen Zusammenhalts eingehen, der immer wieder brüchig wird. Ich greife jenes Phänomen auf, das sich im Osten auf Staatsebene und im Westen und Süden in Form populistischer Strömungen und Massenbewegungen zeigt: das Phantom der „illiberalen Demokratie“, das den autoritären Fürsorgestaat mit der Wiedererstarkung der Nation seligen Angedenkens verbindet. Mit „seligen Angedenkens“ meine ich: nach Art des 19. Jahrhunderts. Für westeuropäische Liberale ist dieses Phantom, das sich ja stolz und öffentlich zeigt, ein Graus – und zugleich ein „no go“. Doch täuschen wir uns nicht: Europa hat eine ebenso starke demokratische Tradition wie fast alle seine Staaten auf eine autoritäre, tyrannische und totalitäre Geschichte zurückblicken. Es besteht also wenig Grund, sich im Westen zu erheben und „Pfui Teufel“ in Richtung der angeblich ewig Gestrigen im europäischen Osten zu rufen. Die Tendenz zu autoritären und totalitären „Lösungen“ ist nicht nur posttotalitären Staaten eigen, sondern in der Demokratie immer als Möglichkeit präsent, man schaue nur ins Herz des europäischen Westens, nach Deutschland, Frankreich, Italien ... Nur nimmt es dort andere Formen an.

Was gegenwärtig als populistische Strömungen oder als neue autoritäre Staatsräson europaweit im Spiele ist, das verlangt ebenso nach einer kraftvollen politischen Auseinandersetzung wie nach einer Regeneration der demokratischen Kräfte und Institutionen, im Westen, in der Mitte und im Osten.

Der Geist, der diese Auseinandersetzung in Europa grundieren könnte, stammt auch aus den Vereinigten Staaten. Oliver Wendell Holmes, ein hoher amerikanischer Richter hat 1919 anlässlich eines Prozesses gegen die Verurteilung einer Gruppe von pazifistischen Anarchisten in einem abweichenden Gutachten geurteilt: „Wir erlauben freie Meinungsäußerung, weil wir den Gedankenreichtum der ganzen Gesellschaft brauchen, um uns mit den Ideen zu versorgen, die wir brauchen. *Denken ist eine gemeinschaftliche Angelegenheit. Ich anerkenne deinen Gedanken, weil er Teil meines Gedankens ist – auch wenn mein Gedanke sich in Widerspruch zu deinem befindet.*“¹

Meine Damen und Herren, Richter Holmes war kein Freund des Pazifismus, und er lehnte den Anarchismus entschieden ab. Von dieser amerikanischen Tradition können wir hierzulande lernen, dass jene in der Mitte und im Osten weiterwirkenden nationalistischen, autoritären, Illiberalen Traditionen ernst genommen und kritisch betrachtet werden sollen, weil sie nur die Kehrseite dessen ist, was wir für richtig halten.

Der Kernsatz von Richter Homes' Votum lautet: „Denken ist eine gemeinschaftliche Angelegenheit. Ich anerkenne Deinen Gedanken, weil er Teil meines Gedankens ist, auch wenn mein Gedanke sich in Widerspruch zu deinem befindet.“

Ein solches Denken geht davon aus, dass wir uns in einer pluralen Welt befinden, in der jeder den anderen nicht nur tolerieren muss, sondern seiner bedarf, wie auch jede Gruppe der anderen bedarf, der anderen Meinung, des anderen Interesses, der anderen Geschichte und Kultur – das ist ein amerikanisches Erbe, das selbst dann nicht zerstört werden kann, wenn dessen höchste Repräsentanten dieses Erbe ablehnen. Und daher gehört die Auseinandersetzung darum, wie Demokratien ausgestattet sind, welche konfligierenden Interessen in ihnen wirken, auf welche Traditionen sie sich beziehen und welche sie kritisch historisieren, ohne sie zu leugnen – zu den Voraussetzungen eines Europa, in dem nicht der Westen gegen den Osten antritt, sondern die Frage, wie Freiheit zu gestalten ist, im Vordergrund steht.

Dieses Verständnis von Pluralität lebt von der gegenseitigen Anerkennung als widerstreitende Gruppen und Meinungen. Ihr Gemeinsames ist das Ringen um die Gestaltung der Freiheit. Wer aus diesem Raum austritt, handelt wider die Freiheit.

Antonia Grunenberg ist emeritierte Politikwissenschaftlerin, war Leiterin des Hannah-Arendt-Instituts an der Uni Oldenburg und ist im Vorstand des Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e.V.

¹ „We permit free expression because we need the resources of the whole group to get us the ideas we need. Thinking is a social activity. I tolerate your thought because it is part of my thought – even when my thought defines itself in opposition to yours.“ (Menand, p. 431; [kursive Hervorhebungen im deutschen Text – AG])

Begründung der Jury

Thomas Alkemeyer

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir, die Begründung der Jury mit einer biografischen Notiz einzuleiten: Ich habe 1975 an der Freien Universität Berlin zu studieren begonnen. In Seminaren über Karl Marx' *Kapital* waren wir in diesen Zeiten auf der Suche nach einem undogmatischen Verständnis des Marxismus: nach einem Marxismus, der das Kulturelle und Politische als eigenständige Bereiche der Auseinandersetzung um die Gestaltung der Gesellschaft anerkennt anstatt sie als ökonomisch determinierte Sphären zu behandeln. Nach einem Marxismus, der anerkennt, dass er sich nur in einer Vielfalt politischer Positionen verwirklichen kann – in öffentlichen Debatten, die möglichst viele Menschen für umstrittene Fragen interessieren und an der Suche nach Antworten beteiligen.

Gemeinsam mit Louis Althusser hat Étienne Balibar zu einem solchen undogmatischen, „pluralen Marxismus“ (W. F. Haug) beigetragen: In ihrer Lesart des „Kapitals“ sind Ökonomie, Ideologie und Politik *Verhältnisse*, die sich durch eine eigene Zeitlichkeit, eine eigene Logik und Autonomie auszeichnen. Zusammengekommen bilden sie eine historische Konstellation, die komplex und ungleichzeitig ist, weil ihre heterogenen Teile einem eigenen Rhythmus folgen, einem Rhythmus, der nicht dem Takt der Ökonomie gehorcht. Solche Konstellationen müssen im Hinblick auf die konkreten Kräfteverhältnisse und Auseinandersetzungen untersucht werden, die sie charakterisieren: auf ihre Beschränkungen und auf die Möglichkeiten, die sie eröffnen. In einem *close reading* des „Kapitals“ identifiziert Balibar dieses plurale Marxismus-Verständnis in der Argumentationsstruktur des Werkes selbst: Er zeigt es als einen Text, „dessen Vollendung von Grund auf unmöglich gewesen“ (Balibar 2017, S. 220) sei. Es ist danach ein offenes Werk, das Probleme erhellt und politische Handlungsalternativen durchspielt, ohne endgültige Antworten zu geben. Der Text überlässt es, so Balibar, den Leserinnen und Lesern, „daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen“ (ebd.).

In dieser Lesart des „Kapitals“ zeigt sich wie durch ein Brennglas der im Kern politische „Denkstil“ Étienne Balibars, ein Denkstil, der die Rede von der Gesetzmäßigkeit historischer Entwicklungen und der Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen mit der Auflösung falscher Einheiten durchkreuzt. Er beleuchtet Verhältnisse und legt Konfliktlinien frei; er identifiziert Gabelungen, durchdenkt Alternativen und bedenkt die Umstände, unter denen verschiedene Pfade beschritten werden können.

Dieses Denken greift kritisch in gesellschaftlich-politische Konstellationen ein, ohne über das haltgebende Gelände absoluter Gewissheiten zu verfügen. Es ist verwandt mit Hannah Arendts Kritik von Ursprungsmodellen, Vereinheitlichungstendenzen und Einheitsfiktionen. Beide begreifen die gesellschaftliche Welt als eine Welt von Relationen anstatt von Substanzen, als einen Prozess und nicht als einen Zustand, als eine Gemengelage widerstreitender Positionen, nicht als eine Totalität. Im Unterschied zur üblichen Soziologie gilt ihr Interesse nicht ausschließlich der Ordnungsbildung, so dass alles, was irritiert, nur als das Andere der Ordnung erscheinen kann. Vielmehr sehen sie in Irritation und Beunruhigung ein wesentliches Moment des gesellschaftlichen Lebens. Es eröffnet die Möglichkeit, Neues zu entwerfen und somit Gegebenes zu überschreiten.

Dieses entwerfende, mithin öffnende und zur aktiven Auseinandersetzung mit einer konkreten gesellschaftspolitischen Gegenwart auffordernde Denken kennzeichnet auch Étienne Balibars von der Jury besonders gewürdigtes Buch *Europa: Krise und Ende?* (2016). In diesem Buch begegnet Balibar einer, vom kürzlich ausgeschiedenen deutschen Finanzminister vertretenen, hegemonialen Perspektive auf die sogenannte Finanzkrise Europas mit den Perspektiven derer, die für diese Krise verantwortlich gemacht werden und unter dieser Adressierung zu leiden haben, wie die Regierungen, die Wirtschaften und vor allem die Bürgerinnen und Bürger Irlands, Portugals und Griechenlands. Étienne Balibar vollzieht die ebenso schmerzhaften wie erniedrigenden Erfahrungen derjenigen nach, die – in Griechenland – einer von der sogenannten Troika verordne-



ten Austeritätspolitik ausgeliefert waren und sind. Er konfrontiert eine neo-liberale „Theaterperspektive“ auf Europa, die vermeintlich leistungsstarke gegen angeblich leistungsschwache Nationalstaaten ausspielt, auf diese Weise mit den Sichtweisen, den Nöten und Gefühlen, den Sorgen und Ängsten derer, deren alltägliches Leben mit der Austerität aus der Distanz dieser Perspektive gar nicht erst in den Blick geraten kann. In die Draufsicht des Theaterblicks ist die Rechtfertigung von Ungleichheit, Herrschaft und Ungerechtigkeit systematisch eingebaut. Dies gilt auch für jene machtvolle Erzählung einer Transferunion, in der das reiche Deutschland finanziell für die schwachen südeuropäischen Länder geradesteht. Der faktische Transfer etwa des „Humankapitals“ der Arbeitskraft in die umgekehrte Richtung wird mit dieser Erzählung verschleiert. Wie im Sport verwandle die Europäische Union mit ihrem Diskurs und System einer „unverfälschten Konkurrenz“ komparative Vorteile in dominante Positionen.

Balibar schreibt an gegen eine solche Verzerrung der Wirklichkeit: Er beantwortet die Tendenz, eine eigene Realität jenseits der Wirklichkeit zu konstruieren, mit prägnant gesetzten, klaren Worten. Er fordert Überzeugungen, die durch dauernde Wiederholung so selbstverständlich geworden sind, dass sie wie natürliche Tatsachen auftreten, mit einer Analyse heraus, welche die Möglichkeit von Alternativen sichtbar werden lässt, ohne eine konkrete Alternative vorzuschlagen. Lesend werden wir beteiligt an einer Denk- und Suchbewegung in einer historischen Situation, die Étienne Balibar – mit Antonio Gramsci – als ein Interregnum zur Sprache bringt:

als eine Zwischenzeit, in der das Alte stirbt, das Neue aber noch nicht zur Welt gekommen ist.

Étienne Balibar gibt „den vielen kritischen und engagierten Menschen eine Stimme und hilft ihnen auch noch, ihre Gedanken zuzuspitzen“, schreibt Frieder Otto Wolf (2016, S. 121) über Balibars Europa-Buch. Balibars Interventionen forcieren eine öffentliche Debatte über die Frage, wie Staatsbürgerinnen und -bürger sich – transnational – dazu befähigen können, „das alles zu ändern“ und ein neues Europa zu entwerfen. Er unterstreicht damit, wie nötig wir gerade gegenwärtig Hannah Arendts politisches Konzept einer gemeinsamen Handlungsmacht und Freiheit haben, die im öffentlichen Raum sich konstituiert. Auch aus diesem Grund hat sich die Jury dafür entschieden, Étienne Balibar den „Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken“ zuzuerkennen.

Thomas Alkemeyer ist Professor für Soziologie und Sportsoziologie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Leiter des gleichnamigen Arbeitsbereichs; Mitglied der Jury des Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e.V.

Literatur:

- Balibar, Étienne (2016): Europa: Krise und Ende?, Münster
 Balibar, Étienne (2017): „Die drei Endspiele des Kapitalismus“, in: Greffrath, Matthias (Hg.): Re: Das Kapital. Politische Ökonomie im 21. Jahrhundert, München, S. 213–235.
 Wolf, Frieder Otto (2016): „Die Politisierung des Volkes“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2016, S. 121–123.

Joachim Lohse für den Senat der Freien Hansestadt Bremen

**Sehr geehrter Herr Professor Balibar,
sehr geehrte Damen und Herren,**

ich freue mich sehr, Sie herzlich im Bremer Rathaus willkommen zu heißen!

Im Namen des Senats der Freien Hansestadt Bremen spreche ich Ihnen, Herr Professor Balibar, einen herzlichen Glückwunsch zum Empfang des Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken 2017 aus!

Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken wurde 1994 ins Leben gerufen, um in den kontroversen Diskussionen über politische Gegenwartsfragen an Hannah Ahrends Diktum zu erinnern, dass der „Sinn der Politik Freiheit (ist)“.

Freiheit ist ein hohes Gut. Nicht umsonst ist im deutschen Grundgesetz so häufig von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung die Rede, ebenso in der Bremischen Landesverfassung – die in diesem Jahr, vor gut einem Monat, ihren 70. Geburtstag gefeiert hat.

Als Reaktion auf die Jahre des Nationalsozialismus und der Befreiung von ihm heißt es in der Präambel unserer Landesverfassung:

„Erschüttert von der Vernichtung, die die autoritäre Regierung der Nationalsozialisten unter Mißachtung der persönlichen Freiheit und der Würde des Menschen in der jahrhundertealten Freien Hansestadt Bremen verursacht hat, sind die Bürger dieses Landes willens, eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden, in der der wirtschaftlich Schwache vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird.“

Hannah Arendt musste 1933 aufgrund ihrer jüdischen Abstammung vor den Nationalsozialisten fliehen. In den USA hat sie einen sicheren Ort gefunden, an dem sie ihre politische Theorie in Freiheit weiterentwickeln konnte. Sie hat uns ein Œuvre hinterlassen, welches zur stetigen Erneuerung des politischen Denkens anregt. Diese Tradition soll mit dem Hanna-Arendt-Preis gewürdigt und weitergetragen werden.

Aus den Jahren des Nationalsozialismus haben wir Deutschen, und ganz besonders diejenigen von uns, die in politischer Verantwortung für unsere kostbare Demokratie stehen, Lehren und Konsequenzen gezogen. Eine dieser Konsequenzen – und ich erwähne das, verehrter Herr Professor Balibar, weil es im Vorfeld der heutigen Preisverleihung hierüber Diskussionen und auch Kritik gegeben hat – ist, dass wir das Existenzrecht Israels niemals antasten dürfen.

So stehen wir, und das ist auch Beschlusslage des Bremer Senats, Aufrufen zum Boykott israelischer Waren strikt ablehnend gegenüber. Denn sie werden den komplexen Problemlagen der Region nicht gerecht. Sicherheit und Frieden wird es auf Dauer nur geben können, wenn es zu einer Verständigung und zum Ausgleich zwischen israelischen und palästinensischen Interessen kommt.

Selbstverständlich muss man Fehlverhalten der israelischen Regierung – und um ein solches handelt es sich beispielsweise bei der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik auf palästinensischen Gebieten – kritisieren dürfen. Aber ein Boykott wäre dafür das falsche Mittel.

Sicherheit und Frieden haben wir in der Europäischen Union nun seit vielen Jahren. Warum? Weil wir uns verständigt haben. Ein geeintes Europa ist Garant für Frieden. Dieser gesellschaftliche Konsens, sich zu verständigen, wird jedoch vermehrt aufgekündigt und vielfach meint man die Parole zu hören, „Populisten aller Länder, vereinigt euch!“

In ganz Europa, in Deutschland, in Bremen und Bremerhaven berufen sich Rechte auf die Freiheit, „etwas doch noch einmal sagen“ zu dürfen und suggerieren damit, dass sie in ihrer Freiheit beschränkt würden. Ist dem so? Nein. Zumindest so lange, wie es nicht die Grenze dessen überschreitet, was juristisch verboten ist. Wovon ich aber überzeugt bin: diese Rechtspopulisten wären die ersten, die die Freiheit derer beschneiden würden, die nicht genauso denken wie sie. Diesen Versuchen, Freiheiten einzuschränken – sei es Rede-, Reise- oder Religionsfreiheit, um nur einige zu nennen – müssen wir uns entgegen stellen.

Und wir müssen uns mit vereinten Kräften dafür einsetzen, dass wir die Menschen wieder von Neuem von der Idee Europa begeistern – Europa als ein Vorbild, als ein lebenswerter Ort der Freiheit und der Humanität, wo die Wirtschaft den Menschen dient und nicht umgekehrt, und wo ein verantwortungsvoller Umgang mit den Gaben der Schöpfung, mit der Natur und der Umwelt gepflegt wird.

Mit der brennenden Frage, wie wir Europa den Menschen gegenüber neu begründen können, haben Sie, verehrter Herr Prof. Balibar, sich in besonders intensiver Weise beschäftigt und damit wichtige Beiträge zum heutigen politischen Diskurs geleistet.

Ich gratuliere Ihnen zum Hannah-Arendt-Preis 2017 und bin gespannt auf Ihren heutigen Vortrag.

Joachim Lohse ist Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen



Peter Siller für die Heinrich Böll Stiftung



**Sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Preisträger, liebe Jury, liebe Laudatoren,
verehrte Gäste,**

Ich freue mich, auch in diesem Jahr an Sie für die Heinrich Böll Stiftung als eine der Unterstützer/innen des Hannah-Arendt-Preises das Wort richten zu dürfen. Hannah Arendt steht für ein öffentliches politisches Nachdenken und Sprechen, das wir heute mehr denn je brauchen. Ich danke deshalb dem Hannah Arendt Verein, der Jury wie auch der Stadt Bremen dafür, dass sie das Anliegen unterstützen, diese Form des politischen Denkens zu befördern.

Natürlich ist öffentliches politisches Denken immer auch kontrovers, verlangt weniger Zustimmung als Auseinandersetzung mit den intellektuellen Anstößen. Und in diesem Sinn will ich für die Heinrich Böll Stiftung gleich vorneweg sagen: Wir begreifen auch die Auswahl des diesjährigen Preisträgers als Aufruf zur Auseinandersetzung, nicht zur Affirmation. Im Vorfeld der Preisverleihung gab es Diskussionen und auch Kritik bezüglich eines Aufrufes zum Boykott israelischer Waren, den Étienne Balibar unterschrieben hatte. Wir halten einen solchen Aufruf für falsch und zudem das Existenzrecht Israels für unantastbar. Gleichzeitig freuen wir uns, dass Étienne Balibar bereit ist, sich diesen kritischen Anfragen auf dem anschließenden Symposium zu stellen.

Ansonsten haben wir es in diesem Jahr mit einem Theoretiker zu tun, der sich nie zu schade war, sich zu wichtigen Fragen auch ins politische Getümmel zu werfen: insbesondere zum Zusammenhang von Gleichheit und Freiheit wie auch zur Zukunft Europas.

Dabei kann Étienne Balibar auf einen beeindruckenden Lebensweg zurückblicken: Er studierte an der École normale supérieure, war Schüler und Mitarbeiter des Philosophen Louis Althusser und lehrte bis 2002 politische Philosophie und Moralphilosophie an der Universität Paris-Nanterre. Zurzeit ist Balibar Gastprofessor an der Columbia University in New York. Er publizierte eine Reihe von Werken zu den Grundlagen der Marx'schen Theorie und zur politischen Philosophie. In den letzten Jahren ist er mit umfassenderen Publikationen zu den Grundlagen der politischen Philosophie hervorgetreten. „Wozu noch Europa?“ lautet heute der Titel seiner Dankesrede in Bremen. Damit knüpft Balibar an die Thesen seines 2016 erschienen Bandes *Europa: Krise und Ende?* an. Ich bin mir sicher, dass wir auch heute Abend einen intellektuellen Impuls erleben werden, der mehr in Gang setzt als die „Sonntagsreden“, für die Intellektuelle oft gebucht werden.

Quo Vadis Europa? Diese Frage treibt uns auch als Böll-Stiftung tagtäglich um. Ich freue mich auf den Vortrag, gratuliere zur Preisverleihung und wünsche allen Anwesenden einen anregenden Abend!

Peter Siller ist Leiter der Inlandsabteilung der Heinrich Böll Stiftung in Berlin

Vortrag Étienne Balibar¹

Wozu noch Europa?

Festrede anlässlich der Verleihung des Hannah-Arendt-Preises 2017²

Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für die Ehre, welche Sie mir erweisen, indem Sie mir heute den Hannah-Arendt-Preis verleihen. Ich hatte, wohlgemerkt, niemals gedacht, dessen würdig zu sein. Allerdings kann ich auch nicht mein Gefühl des Stolzes unterdrücken – darauf nämlich, meine eigene Arbeit mit dem Namen einer Frau, einer Philosophin und einer Intellektuellen verknüpft zu sehen, für die ich eine unermessliche Bewunderung empfinde. Was nun nicht etwa besagt, dass ich immer schon das Werk Arendts in eben der Beleuchtung gesehen habe, in der es sich mir heute darstellt, noch auch, dass ich mit allen ihren Analysen und Urteilen vollständig übereinstimmen würde. Aber es besagt doch schon, dass die einzigartige Verbindung von Mut, Tiefe, Originalität und kritischem Geist, wie sie Arendt ausgezeichnet hat, in meinen

Augen ein *exemplar humanae rationis* (ein Vorbild an menschlicher Vernunft), bildet, ohne das ich nicht abzusehen vermöchte, wie wir uns der Krise der Politik wirklich stellen könnten, noch auch, wie wir dazu in der Lage wären, diese Krise auf unser Gewissen und auf unser Leben zu beziehen. Und das bedeutet eben auch, dass ich mich in jedem Moment, immer wieder, auf die großen Fragen zurückverwiesen sehe, die sie aufgeworfen hat, insbesondere auf die Frage nach dem „Recht, Rechte zu haben“ (right to have rights), das sie zu einem ganz zentralen Kriterium erhoben hat – und zwar, untrennbar, sowohl zu einem Kriterium für die Staats-Bürger*innenschaft als auch zu einem für eine Instituierung des Menschlichen in selber noch menschlichen Formen.



¹ Emeritus an der Universität Paris-Nanterre; Anniversary Chair an der Kingston University in London; Professor an der Columbia University in New York.

² Ins Deutsche übertragen von Frieder O. Wolf.

In dieser Hinsicht kann ich auch heute noch nicht umhin, den Fragen nach den Gründen nachzugehen, welche in meiner Jugend dazu geführt hatten, dass der zweite Teil von *The Origins of Totalitarianism* (auf deutsch *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*) in der französischen Übersetzung einfach weggelassen worden war, derjenige Teil also, welcher dem Thema des „Imperialismus“ gewidmet ist und in dem die Gedankenentwicklung zum „Niedergang des Nationalstaats und dem Ende der Menschenrechte“ zu finden ist. Und ich wundere mich dagegen immer noch über die große Kraft, welche diese Problematik auch heute noch beweist – etwa in allen Beiträgen zur Debatte über die Frage der „Staatenlosen“ bzw. der „Un-Personen“, also der Geflüchteten und der Migrant*innen –, um dann nämlich aus dieser Problematik die intellektuellen Mittel für eine Ausweitung der Staats-Bürger*innenschaft über den Horizont des Nationalstaates hinaus zu gewinnen, in einer kosmopolitischen oder besser noch in einer transnationalen Perspektive. Ich gehe dabei über den bei Arendt schon zu findenden Wortlaut hinaus und werde mich von diesen Gedankenentwicklungen dazu inspirieren lassen, ihnen heute, als Dank für diese Auszeichnung und als Anregung für die zu führende kollektive Debatte, einige Überlegungen in Bezug auf eine andere Krise vorzutragen, nämlich auf die Krise des Aufbaus von Europa. Ich werde dies zugleich als eine Gelegenheit nutzen, um einige Thesen zu „aktualisieren“, die ich in früheren Beiträgen formuliert hatte und die zum Teil von den Ereignissen überholt worden sind.³

In einem jüngst veröffentlichten Buch, in dem er es sich vorgenommen hat, eine „Neulektüre der Revolution“ [*Relire la révolution*⁴] zu leisten, hat Jean-Claude Milner, einer der fähigsten französischen Intellektuellen meiner Generation, ganz genau erläutert, worin denn – seiner eigenen Auffassung nach, zu der er ja durchaus berechtigt ist – der Irrtum besteht, in den Arendt verfällt, wenn sie die amerikanische mit der französischen Revolution parallel setzt. Aber er glaubt auch noch, behaupten zu können, dass Arendt, die dazu gezwungen war, in die USA zu emigrieren, und die eine markante – wenn auch immer einzigartige – Figur der amerikanischen Öffentlichkeit und des Universitätslebens geworden ist, „sich damit von Europa abgewendet“ hätte. Nach meiner Auffassung könnte aber nichts falscher sein. Ins Exil zu gehen, bedeutet doch nicht, alles zu vergessen! Selbstverständlich kann ich nicht den Anspruch darauf erheben, „Arendt selber sprechen zu lassen“, oder etwa mir einbilden, [eben das auszusprechen,] was sie über die politischen Transformationsprozesse zu sagen gehabt hätte, wie sie im 21. Jahrhundert in Europa stattfinden. Aber ich möchte doch, auf mein eigenes Risiko, immerhin den Versuch machen, mit Ihnen über die Krise dieses Europa nachzudenken, so wie es heute vereinigt und zugleich uneins ist – und dieses in einem Geist, der ihren Reflexio-

nen über das Politische nahe steht: Indem ich nämlich dieses Europa als eine Institution begreife, deren Grundlegung weder auf eine transzendente Offenbarung noch auf ein invariantes Naturrecht zurückgreift, sondern allein auf das Handeln der Menschen als solches, der Menschen, die sich in ihm begegnen und dadurch ihre eigene Unterschiedlichkeit in ihr Zusammenhandeln einbringen.

Da die begrenzte Zeit, über die ich hier verfüge, mich dazu zwingt, auf der Ebene einer weitgehenden Allgemeinheit zu bleiben und einige Fragen, welche eine ausgiebigere Erörterung verdient hätten, nur gleichsam im Vorbeigehen anzusprechen, möchte ich doch zumindest eine ziemlich weit angelegte Problematik umreißen, welche umfassend genug ist, um den Zusammenhang zu verdeutlichen, in dem all diese Dimensionen stehen, die wir miteinander verknüpfen müssen, wenn wir denn überhaupt begreifen wollen, was vor sich geht und vor welchen Entscheidungen wir stehen – und auch, warum es uns so schwer fällt, die zu lösenden Probleme ausdrücklich als solche zu fassen. Dabei werde ich zunächst etwas beschreiben, das ich als den europäischen *double bind*⁵ zu bezeichnen vorschlage: Die Tatsache nämlich, dass der *Aufbau Europas* einerseits *unverzichtbar* ist – im Interesse der Bevölkerungen Europas und sogar auch der gesamten Welt – und dass er aber andererseits in den Formen, welche er gegenwärtig angenommen hat, nicht zu vertreten und keineswegs nachhaltig ist. Anschließend werde ich dann der Frage nachgehen, ob eine Neugründung Europas möglich ist, wie sie heute von sehr verschiedenen Seiten gefordert wird, wenn auch auf eine durchaus widersprüchliche Art und Weise und in meinen Augen nicht radikal genug. Abschließend werde ich dann noch ein [zentrales] Prinzip ansprechen, das wir aus Machiavellis Schriften gewinnen können – einem der Gründungsväter dessen, was Arendt als „politische Theorie“ bezeichnet hat – und auf dieser Grundlage die Frage aufwerfen, in welchem Sinne die *Europäische Union* heute wieder an ihren – heute korrumpierten – ursprünglichen Antrieb anknüpfen kann.

Kein politisches Gemeinwesen, auf welcher Ebene es auch immer institutionell verankert sein mag, kann dauerhaft bestehen, ohne dass die Grundlagen seiner Legitimität und seiner effektiven Macht permanent reaktiviert würden. Diese früher in Bezug auf *Stadt-Staaten* (poleis) oder auf *Nationalstaaten* formulierte These ist nämlich auch auf die *Europäische Union* anzuwenden. Wenn wir aber die gegenwärtige Lage näher untersuchen, dann stoßen wir auf einen offenen und starken Widerspruch, in Bezug auf den die Frage dringlich im Raum steht, wie lange dieser widersprüchliche Zustand sich überhaupt noch durchhalten lässt. Einerseits ist es nämlich ganz klar, dass „wir“, die Bürger*innen Europas (was konkret besagt, die *nationalen* Staats-Bürger*innen aller

³ Étienne Balibar: *Europe, crise et fin?*, Lormont: Éditions Le Bord de l'Eau, 2016 (deutsche Übersetzung von Frieder O. Wolf: *Europa: Krise und Ende?*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2016.)

⁴ Jean-Claude Milner: *Relire la révolution*, Editions Verdier, Lagrasse, 2016.

⁵ Also als eine verwirrende „Doppelbindung“ im Sinne von Bateson.

Mitgliedstaaten der *Europäischen Union*, zu denen ich dann noch alle diejenigen hinzufügen würde, die heute nur als „Bewohner“ dieses europäischen Territoriums gelten) ein *langfristiges Bedürfnis* danach haben, dass ein Aufbau Europas stattfindet, ganz gleich, ob dies sich weiterhin in seiner gegenwärtigen Form vollzieht oder in einer demgegenüber veränderten Form. Einer der dafür oft angeführten Gründe liegt einfach darin, dass die gemeinsame Zugehörigkeit der europäischen Länder zu einer supranationalen Struktur und ihre Verfolgung eines gemeinsamen politischen Projektes zwar nicht ausschließt, dass es zwischen ihnen zu Interessensgegensätzen kommt, aber eben doch eine Garantie dafür bilden, dass diese Gegensätze nicht zu gewalttätigen Feindseligkeiten degenerieren, wie sie dann im Extrem sogar zu einer Selbstauslöschung Europas führen könnten. Ich akzeptiere dieses Argument durchaus, glaube aber, dass es möglich ist, ihm eine dynamischere Form zu geben: Worum es [hier] geht, ist nicht allein ein „Vorsorgeprinzip“, sondern eben die Fähigkeit Europas, sich einen *gemeinsamen Weg* zu bahnen, der es aus seiner Vergangenheit – die voller Gewalttätigkeit gegen Europa selbst und gegen andere gewesen ist – in eine Zukunft führt, welche noch voller Ungewissheiten und voller Herausforderungen ist; und dies im Zusammenhang eines Globalisierungsprozesses, in dem Europa jedenfalls niemals wieder die Rolle eines „Zentrums“ übernehmen wird.

Daraus ergibt sich bereits eine erste Reihe von Gründen dafür, dass unsere Zukunft sich unvermeidlich in einem europäischen Maßstab entfalten wird – geopolitische Gründe, sowie Gründe, wie sie sich aus der Entwicklung der Weltwirtschaft, sowie aus der Ökologie unseres Planeten Erde ergeben. Zwischen dem Beginn der Neuzeit und der Mitte des 20. Jahrhunderts hat Europa der gesamten Welt seine Herrschaft aufgezwungen, aus der es seinen Reichtum und auch seine Fähigkeiten zur Zivilisationsentwicklung bezogen hat. Aber heute ist es eben „provinzialisiert“⁶ beziehungsweise, genauer betrachtet, ist es heute ein Bestandteil einer Semi-Peripherie der Weltgeschichte und der Weltwirtschaft. Aus dem „großen Spiel“⁷ der Welt-Hegemonie herausgehalten, wie es jetzt und weiterhin zwischen Amerika und Asien gespielt wird, bleibt es zwar formell außerhalb der Zonen der Überausbeutung und der „Todeszonen“, wie sie im Süden und im Osten des Mittelmeeres zu finden sind, ist aber dort dann doch durch seine Investitionen, seine militärischen Interventionen, seine Operationen an seinen Grenzen und seine Austauschprozesse von Bevölkerungen beteiligt. Wenn wir nicht gewillt sind, zuzulassen, dass in den neuen Hegemonialkonflikten über unsere Arbeit und unser Leben als eine bloße Manövriermasse verfügt wird, wenn wir es wollen, dass Europa sich wirklich mit Gewicht an der Definition der Normen des internationalen Rechts beteiligt, oder auch an der Schaffung

von institutionellen Schutzsystemen, ohne welche die Umwelt verwüstet und das Leben auf der Erde allmählich erlöschen müsste, und wenn wir schließlich dazu entschlossen sind, die erforderlichen Regulierungen von Handel und Finanzen durchzusetzen, welche es uns dann möglich machen, das „europäische Sozialmodell“ zu erhalten und der veränderten Lage anzupassen, dann brauchen wir dazu weit mehr, als eine Koordination der Regulierungen oder einer bloß finanziellen „governance“, in der Gestalt, wie sie heute bereits bestehen. Wir brauchen dringend eine politische Einheit und eine institutionalisierte Vertretung des Allgemeininteresses – was keineswegs bedeutet, dass eine Einmütigkeit anzustreben wäre, in der es dann keine Gegensätze und keine Unterschiedlichkeit mehr gäbe.

Davon sind wir aber ganz weit entfernt, beziehungsweise wir befinden uns geradezu am entgegengesetzten Punkt dieses Spektrums von Möglichkeiten – nach einer Entwicklung, welche, besonders seit dem historischen Wendepunkt der deutschen und europäischen Wiedervereinigung, unter dem Vorwand der Erweiterung und der Vertiefung geradezu unaufhörlich die politischen Grundlagen der Union zersetzt und sie ihrer Tragfähigkeit beraubt hat. Diese Frage lässt sich unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten und in Bezug auf unterschiedliche Zeithorizonte untersuchen – aber die dabei festgestellten Entwicklungen gehen alle in die gleichen Richtungen, bis sie dann in den letzten Jahren eine Schwelle der Unumkehrbarkeit [erreicht und] überschritten haben.

Das liegt erst einmal an der Tatsache, dass die zur Bewältigung der Finanzkrise der Jahre 2007 und 2010 eingesetzten bedeutenden finanziellen Mittel ihrerseits die Ungleichheiten zwischen den Regionen und zwischen den sozialen Klassen dramatisch verschärft haben, und dies von dem einen Ende des Kontinents bis zum anderen, sowohl im Hinblick auf die Einkommensentwicklung oder auch auf die Beschäftigungssicherheit, als auch auf die Entwicklung der Verschuldung von Individuen und Kollektiven, wie dies Wolfgang Streeck zu Recht festgestellt hat (der allerdings unglücklicherweise seinerseits daraus dann ganz unrealistische und auch noch konservative Konsequenzen zieht). Die Wirtschaftskrise hat sich in eine politische Krise verwandelt – und sogar schon in eine Krise der *Institution des Politischen* in Europa. Das beweist die Tendenz, immer stärker technokratische und immer autoritärere Verfahrensweisen des Regierens einzuführen, in deren Rahmen die Repräsentation der Bürger*innen nicht mehr wirklich zählt, wie dies gegenwärtig in Frankreich der Fall ist, und deren Kontinuität dem gemäß allein noch an dem äußerst zerbrechlichen Faden der *output legitimacy*⁸ hängt. Das System der repräsentativen Demokratie pfeift gleichsam aus dem letzten Loch und die entsprechenden Länder werden

⁶ Vgl. Dipesh Chakrabarty: *Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference*, Princeton, N.J.: University of Princeton Press 2000, 2007 (*Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung*, Frankfurt a. M.: Campus, 2010 [Anmerkung des Übersetzers, im Folgenden als AdÜ gekennzeichnet]).

⁷ Anspielung auf die durch Rudyard Kiplings Roman „Kim“ (1901) populär gewordenen These vom „großen Spiel“ der imperialen Mächte. [AdÜ]

⁸ D.h. einer Legitimität, welche sich allein darauf beruft, dass sie die Probleme der Bürger*innen effektiv und inhaltlich überzeugend löst, und nicht auf die demokratische Legitimität der Entscheidungsverfahren. [AdÜ]

unregierbar – so wie wir dies heute in Großbritannien oder auch in spektakulären Formen in Spanien erleben. Dass diese Unregierbarkeit auch Deutschland erreicht, also eben dasjenige Land, welches sich vor Kurzem noch geradezu als ein Modell der Effizienz und der Legitimität dargestellt hat, welches es überall nachzuahmen gelte, stellt ein äußerst schlagendes symbolisches Ereignis dar – zugleich ist es aber auch eine ganz direkte Bedrohung der Stabilität der EU.

Die Unregierbarkeit bildet gleichsam die andere Seite der autoritären Entdemokratisierung, aber mit ihr hängen auch ganz spezifische Auswirkungen zusammen. Dazu gehört offensichtlich die Wiederkehr der Nationalismen, welche ja kein spezielles Problem der „kleinen Länder Mitteleuropas“ (Istvan Bibó) darstellt, welche eine endlose Prüfung haben durchstehen müssen – zunächst durch die „kontinentalen Imperialismen“⁹ (Arendt), auf welche dann der Nazi- und der Sowjet-Totalitarismus gefolgt sind: Diese Wiederkehr findet im Westen ebenso wie im Osten [Europas] statt und reaktiviert dabei überall Ängste vor einer Auflösung des gemeinschaftlichen „Wir“ und zugleich ein Gefühl der Deklassierung und der Ohnmacht. Sie führt dann nicht allein zu dem, was ganz verworren als „Populismus“ bezeichnet wird, sondern vor allem zu fremdenfeindlichen Gewaltausbrüchen und zu einer authentischen Wiederkehr des Faschismus beziehungsweise genauer gesagt (denn wir sollten es vermeiden, mechanisch derartige Konzeptionen von der einen historischen Situation auf die andere zu übertragen) zur Konstitution eines Neofaschismus in Europa, der in jedem Land mehr oder minder mächtige und mehr oder minder aggressive Abteilungen aufzuweisen hat.

Ich bestehe nachdrücklich auf diesem Begriff, weil ich darin eine Gefahr für unsere von relativer Toleranz und Freiheit geprägten Gesellschaften sehe – aber auch, weil der bloße Begriff des Nationalismus die Illusion mit sich bringt, es ginge um eine *Rückkehr in die Vergangenheit*, in Richtung auf eine Vielfalt von Interessen und von kollektiven Leidenschaften, welche der *Einheit Europas vorausgegangen* sind. In Wirklichkeit gibt es aber einfach keine Rückkehr in die Vergangenheit: es gibt allein die Gefahr einer Flucht nach vorn, in Richtung einer Pathologie der europäischen Einheit, in welcher dann insbesondere die feindlichen identitären Gefühle, welche die einen gegen die anderen hegen, sich gleichsam zu überwinden suchen, indem sie einen „öffentlichen Feind“ konstruieren, welcher gegen die Gesamtheit der europäischen Völker steht, und dabei alle diejenigen ethnischen, kulturellen und religiösen Differenzen miteinander zu einem Gemisch verrühren, welche sich aus der Entkolonisierung und der Einwanderung ergeben haben (zu denen jetzt seit Kurzem noch das „Problem der Geflüchteten“ hinzugekommen ist, trotz der bewundernswerten Beispiele der Solidarität, welche bestimmte Länder, bestimmte Städte und bestimmte, entsprechend engagierte Organisationen geleistet haben).

Aus diesem Grunde sage ich, dass Europa sich in einem *double-bind* befindet. Seine quasi-bundesstaatliche Struktur, in welcher zum Ausdruck kommt, dass seine nationalen Bevölkerungen gemeinsame Interessen haben und unter gemeinsamen rechtlichen Normen leben, ist praktisch irreversibel geworden: Das wurde deutlich sichtbar, als es unmöglich war, Griechenland aus der Eurozone auszuschließen; und wir sehen es heute an der Unmöglichkeit für das Vereinigte Königreich, ohne Schaden die EU zu verlassen. Aber das Zusammenkommen einer ganzen Reihe von Faktoren führt letztlich zu einer existenziellen Krise der politischen Form, wie sie in Europa besteht: zunehmende Ungleichheiten, aufgrund derer die europäischen Gesellschaften geradezu explodieren; eine Unregierbarkeit, welche sich nicht länger hinter den „alternierenden Regierungen“ oder auch der „großen Koalition“ der Parteien der Mitte verstecken lässt; ein technokratischer Autoritarismus, welcher einen immer unüberwindlicheren Graben zwischen den Regierenden und den Regierten schafft; und nationalistische Kräfte, welche sich zu gemeinsamer Gewalttätigkeit gegen einen „inneren Feind“ zusammenfinden. Diese Krise entwickelt sich nun aber nicht in Richtung auf eine „revolutionäre Situation“ oder auf einen „kommenden Aufstand“ – wie dies alte Anarchisten und junge Begeisterte aufrichtig glauben –, sondern in die Richtung einer Zersetzung der Staats-Bürger*innenschaft. Ohne jede klare Orientierung wartet die Europäische Union auf die nächste Finanzkrise, um dann endlich zu wissen, ob ihr – wie manche es ihr vorhergesagen – dasselbe Schicksal droht, wie es die Sowjetunion erfahren hat, also das andere große Projekt einer Überwindung der Grenzen des Nationalstaates in der Geschichte dieses Kontinents.

Dies ist ohne jeden Zweifel der Grund dafür, dass in der politischen Klasse und unter den Fachleuten in diesem Moment derart viel von einer „Neugründung Europas“ die Rede ist. Ich weise diesen Begriff keineswegs zurück; vielmehr bin ich, ganz im Gegenteil, davon überzeugt, dass es erforderlich ist, ihm seine unverkürzte Tragweite zu geben, indem der zum Teil verbreitete falsche Anschein durchbrochen wird und wirklich alle Voraussetzungen eingefordert werden, welche für seine Anwendung erforderlich sind.

Das kohärenteste politische Projekt wird heute von dem französischen Präsidenten vertreten, nachdem es (seit dem Memorandum von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers aus dem Jahre 1994) von den deutschen Konservativen auf den Weg gebracht worden war: Es besteht in dem Vorhaben, ein „Kerneuropa“¹⁰ stark zu machen, das sich um diejenigen Länder der Eurogruppe sammelt, welche es akzeptierten, einen größeren Teil ihrer Ressourcen in dem gemeinsamen Topf eines europäischen Haushalts beziehungsweise eines Europäischen Währungsfonds zu bündeln, welcher dann zwar einer verstärkten Disziplinierung der öffentlichen Verschuldung unterliegen würde, aber für eine langfristig angelegte „anti-zyklische“

⁹ Also das osmanische Reich, das Zarenreich, das Habsburgerreich und das wilhelminische Reich. [AdÜ]

¹⁰ Deutsch im französischen Original. [AdÜ]

Politik zur Verfügung stünde, welche gemeinsam ausgearbeitet, wenn nicht sogar geplant würde. Dieses Projekt würde daher mit der offiziellen Einführung einer „variablen Geometrie“ in den Aufbau Europas einhergehen. Und da ein derartiges Projekt, wie deutlich abzusehen ist, letztlich darauf hinausläuft, eine Quasi-Souveränität der Finanzinstitutionen zu besiegeln, wird es auch – zumindest in seinen liberalen oder sozialdemokratischen Varianten – unbedingt erforderlich sein, es mit demokratischen Korrekturmechanismen zu versehen, welche dazu in der Lage sind, ihm eine zusätzliche Legitimität zu verschaffen. Ganz allgemein stellen sich die Vertreter der unterschiedlichen Varianten dieses Projekts dies dann in Gestalt einer spezifischen parlamentarischen Repräsentationsinstanz vor, die zum Europäischen Parlament gleichsam hinzuträte oder aus den nationalen Parlamenten hervorginge.

Ich sehe durchaus ein, dass sich für ein derartiges Vorhaben das Argument der Rationalität anführen lässt: Es hält sich an den Grundgedanken, dass die *Wirtschaftsregierung* den Schwerpunkt bildet, um den sich die gesamte „Regierungsführung“ [governance] Europas dreht, aus welcher sich dann die sozialen und institutionellen Auswirkungen der Integration ergeben. Demgemäß wird auf diese Art und Weise eben anerkannt, dass heute, in der Epoche der finanziellen Globalisierung, das Ökonomische und das Politische keine wahrhaft getrennten „Sphären“ mehr darstellen, so dass jeglicher Vorstoß in Richtung einer europäischen Bundesstaatlichkeit, dem keine Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitiken (und ihrer monetären Basis) zu Grunde läge, keinerlei Chancen hätte, sich in der Wirklichkeit zu materialisieren. Das alles ist wahr, aber es reicht in keiner Weise aus, um das wechselseitige Funktionieren, das heißt die *politische Kontrolle der Wirtschaftsregierung* in hinreichend demokratischen Formen zu gewährleisten, um ihr die Legitimität des „Souveräns“ zu verleihen. Denn in Wirklichkeit weist dieses Projekt zwei größere Nachteile auf: *Erstens* friert es die Repräsentation der Bürger*innen in einer bloß konsultativen Funktion ein, in deren Zusammenhang es dann nicht mehr wirklich möglich ist, die Logik in Frage zu stellen und zu bestreiten, mit der diejenigen Entscheidungen gefällt werden, welche die jeweilige Lage „erforderlich“ macht und welche dann noch von der „Exekutivgewalt“¹¹ zu „sanktionieren“ sind. Und zweitens wird dadurch ein neuer, tiefer Graben zwischen unterschiedlichen Abstufungen der Zugehörigkeit zur *Europäischen Union* geschaffen, was dann – mit der ungewissen Begründung, dadurch die Einheit der Länder des zentralen Kerns zu stärken – in der Union in ihrer Gesamtheit für eine Zunahme der Ressentiments und eine Stärkung der Nationalismen sorgt. Das wäre dann eben keine Neugründung, sondern ein nur noch deutlicheres Hervortreten der bereits ohnehin bestehenden Tendenzen in Richtung auf eine Konzentration der politischen Gewalten und zugleich auf eine Verstärkung der Hegemonie bestimmter Nationen über die anderen.

In Wahrheit gilt daher: So sehr auch heute der Gedanke einer Neugründung Europas auf der Tagesordnung der Geschichte steht, müssen wir ihn doch auf eine viel radikalere Weise ins Auge fassen, indem wir uns nicht damit zufrieden geben, etwa bestimmte Machtvollkommenheiten auszubauen und zu stärken und bestimmten Nationen die Aufgabe zuzuweisen, die übrigen gleichsam im Konvoi zu leiten. Wir müssen uns vielmehr fragen, worin denn die politischen Bedingungen für eine solche historische Neugründung bestehen könnten. Ich denke, es lassen sich hier zumindest fünf derartige Bedingungen aufzählen, die sich zwar qualitativ voneinander unterscheiden, aber zugleich für ihre Wirksamkeit darauf angewiesen sind, dass sie in enger Verbindung miteinander auftreten.

Die *erste* dieser Bedingungen liegt in einem *materiellen Interesse*, das die Völker Europas – jedenfalls in ihrer großen Mehrheit – daran haben, insgesamt in der gegenwärtigen Welt als ein positiver Faktor zu wirken, der sich zu den Tendenzen der Globalisierung *aktiv* verhält und in die damit verknüpften Machtkonflikte eingreift, um die bestehenden Kräfteverhältnissen zugunsten der Bürger*innen Europas zu verschieben. Ich habe oben schon ausgesprochen, dass meiner Auffassung nach dieses Interesse mit einer Perspektive zusammenfällt, welche wir als die einer Stärkung eines Europas kennzeichnen können, das für eine „alternative Globalisierung“ eintritt – und dies insbesondere in den Bereichen der Finanzmarktregulierung und der Regelungen des Umweltschutzes. Dazu tritt heute aufgrund einer tragischen Aktualität mit großer Dringlichkeit noch die Aufgabe hinzu, erneut eine Fähigkeit zur Vermittlung aufzubauen, durch welche dann – angesichts der sich in der Nähe Europas ebenso wie fern von Europa geradezu vervielfältigenden erklärten und unerklärten Kriege – das internationale Recht mit neuem Leben erfüllt würde.

Die *zweite* Bedingung liegt darin, dass eine *institutionelle Zielvorstellung* gebraucht wird, welche dann als solche bereits eine geradezu historische Innovation darstellen würde. Ich bin davon überzeugt, dass eine derartige Zielvorstellung darin bestehen müsste, dass wir endlich den Zustand der *Pseudo-Bundesstaatlichkeit* hinter uns lassen, wie er sich heute daraus ergibt, dass zwar eine enge wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Volkswirtschaften, den Territorien und den Kulturen der Mitgliedstaaten der EU besteht, diese aber vom offiziellen Diskurs geradezu systematisch verleugnet wird und zugleich tagtäglich durch die Art und Weise konterkariert wird, auf welche die nationalen politischen Klassen sich das Monopol der Aushandlung mit den Verwaltungen und mit den „korporatistischen“ Mächten zu sichern versuchen – ganz gleich, ob es sich dabei um Unternehmen oder um Gewerkschaften handelt. Diese Zielvorstellung muss darin bestehen, eine Bundesstaatlichkeit ganz neuen Typs zu erfinden, welche die Existenz der Nationen nicht aufhebt und sie auch nicht zu substituieren

¹¹ Balibar spielt hier zugleich auf Jürgen Habermas' Konzept des „Exekutivföderalismus“ und auf die Rolle des „Direktoriums“ in der Spätphase der Französischen Revolution an. [AdÜ]

versucht, sondern es unternimmt, die Bedeutung und die Funktion der Nationen im Rahmen einer miteinander geteilten Souveränität umzugestalten und neu zu bestimmen.

Die *dritte* Bedingung liegt in der Entfaltung eines *politischen Ideals*, in welchem die Zielsetzung der Schaffung eines europäischen Bundesstaates ihren Sinn zu finden vermag und an dem dann auch der Erfolg ihrer Durchsetzung gemessen werden kann. Ich habe schon lange die Auffassung vertreten, dass sich ein derartiges Ideal keineswegs damit zufrieden geben kann, die Demokratie bloß dem Namen nach aufrechtzuerhalten und dabei dann, so gut es geht, den „post-demokratischen“ Formen zu widerstehen, welche doch anscheinend unvermeidlich zu einer Konzentration der wirtschaftlichen, informationellen und militärischen Macht im Weltmaßstab führen. Dieses Ideal ist darauf angewiesen, auf eine *Ausweitung der Demokratie* hinarbeiten, auch und gerade im Verhältnis zu dem, was die Nationalstaaten in dieser Hinsicht in denjenigen Momenten erreicht haben, in welchen sie ein Maximum an aktiver Bürger*innenschaft verwirklichen konnten. Das besagt, dass es keinen europäischen Bundesstaat geben kann, wenn es nicht zugleich mit der Herausbildung von exekutiven, administrativen, judikativen und repräsentativen Gewalten jenseits der Räume der nationalen Souveränitäten zu einer Wiedergeburt der lokalen und tagtäglichen Formen der direkten Beteiligung kommt (wie sie heute in vielen Ländern als Formen der *Volksversammlung* propagiert werden¹²) – und zwar keineswegs in isolierten, nur auf sich selbst bezogenen Formen, sondern in Gestalten, welche dazu in der Lage sind, über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg miteinander zu kommunizieren. Klar ist selbstverständlich, dass eine derartige Neuerfindung sich nicht durch eine autoritäre Entscheidung von oben in Gang bringen lässt und dass sie geradezu gigantische Gegenkräfte und Hindernisse überwinden müssen (insbesondere auch sprachliche Verständigungsschwierigkeiten), welche sich keineswegs alle aus einer gesellschaftlichen Tendenz zum Konservatismus erklären lassen. Womit ich dann schon bei den letzten beiden Bedingungen bin.

Die *vierte* Bedingung besteht dann dementsprechend darin, dass es eine *effektive Nachfrage* nach einer derartigen Neugründung geben muss – wovon wir allem Anschein nach in dieser Epoche der nationalistischen Reaktion und der Zersetzung Europas sehr weit entfernt sind, in Bezug worauf wir aber auch nicht mit guten Gründen feststellen könnten, dass es gleichsam *a priori* völlig unerreichbar wäre. Ich spreche hier ganz bewusst von einer *effektiven Nachfrage*, denn es kann nicht einfach nur um pro-europäische Gefühle gehen, oder um eine Übertragung von Vollmachten an Regierungen, die sich für eine Neugründung Europas einsetzen, sondern es geht darum, dass sich *kollektive Bewegungen* ent-

wickeln, welche die wirklichen Bürger*innen ergreifen, welche sich dazu in die Lage versetzen, grenzübergreifend politisch zusammenzuwirken – und zwar mit ihren ganz heterogenen kulturellen Traditionen und Erbschaften und ihrer geradezu anthropologischen Unterschiedlichkeit. Und dies sowohl, um *gemeinsam zu protestieren* (beispielsweise gegen die Ungerechtigkeiten in der Besteuerung und gegen die Steuerflucht), als auch, um sich gemeinsam für die unvermeidlich gewordenen Revolutionen zu engagieren, wie sie in ökologischer, sozialer und in kultureller Hinsicht längst überfällig sind (beispielsweise in Gestalt einer Transformation der konkreten Produktions- und Konsumtionsmuster mit ihren selbstzerstörerischen Tendenzen).

Und damit kommen wir jetzt endlich zu der *fünften* Bedingung, welche es uns dann ermöglicht, die anderen vier in Zusammenhang zu bringen und zu halten: Dies ist die Definition *derjenigen politischen Probleme, welche gelöst werden müssen*, damit der Aufbau Europas nicht nur wünschbar, sondern wirklich möglich werden kann, um so die Auswirkungen seiner gegenwärtigen Krise zu überwinden. Ganz im Gegensatz zu Marx' Überzeugung (MEW 13, 7), stellt sich „die Menschheit“ *nicht* „immer nur Aufgaben, die sie lösen kann“. Aber sie wird jedenfalls nur diejenigen Aufgaben lösen können, welche sie sich ausdrücklich und wirklich stellt ... Es wird also jetzt und in Zukunft darum gehen, diejenigen „Schlachten“ zu umreißen, in welchen die Bürger*innen werden kämpfen müssen, oder auch, weniger kriegerisch ausgedrückt, diejenigen „Kampagnen“, in welchen sie sich engagieren müssen, damit sich dann schließlich eben diejenigen Hindernisse, an welchen jetzt das europäische Projekt ausgebremst wird, in Orte und Gelände der Mobilisierung, der Kommunikation und der Initiative verwandeln.

Dies gilt in allererster Linie für den Abbau aller Formen der Ungleichheit (nach Berufen, Generationszugehörigkeit, territorialer Verortung, Bildung und Ausbildung, Gesundheitszustand, Sicherheitslage, Geschlechteridentität oder auch Rassenzugehörigkeit ...), welche sich gegenwärtig dadurch verschärft finden, dass die Prinzipien des „freien und unverfälschten Wettbewerbs“ über die Werte der Solidarität triumphiert haben, was dann die Bedingungen der Möglichkeit dafür zerstört hat, dass überhaupt ein politisches Gemeinwesen errichtet werden und Bestand haben kann – auf welcher Ebene auch immer dies geschehen soll. Dies gilt ganz offensichtlich auch für die Aufgabe, sich der *neuen nationalen Frage* in Europa zu stellen, in einem Europa, welches das Erbe einer langen Geschichte von Herrschaftsverhältnissen und Antagonismen anzutreten hat, eine nationale Frage, welche aber vollständig ihren politischen Gehalt verändert hat, seitdem die europäischen Staaten nach den beiden Weltkriegen – auf beiden Seiten der „Mauer“ (zwischen West- und Osteuropa) – gleichzeitig zu „Sozialstaaten“

¹² Wie sie in Frankreich 2016 im Rahmen der Protestbewegung der „Nuits Débutés“ gegen den geplanten Abbau von Arbeiter*innenrechten im Rahmen des geplanten Arbeitsgesetzes (Gesetz El Khomri) propagiert worden sind, aber auch – worauf Antonio Negri und Judith Butler aufmerksam gemacht haben – in den Bewegungen Occupy Wallstreet, bei den Indignados in Spanien, auf dem Syntagma-Platz in Athen und im Gezi Park in Istanbul eine zentrale Rolle gespielt haben. [AdÜ]

und zu „Nationalstaaten“ geworden sind. Und dies gilt auch für eben das, was ich – gemäß Kant und Derrida – als die Herausforderung der Gastfreundschaft bezeichnen werde: im Klartext nämlich ein Umgang mit gegenwärtigen und künftigen Bevölkerungsbewegungen, in dem die „Brüderlichkeit“ aller Menschen und die Kooperation mit den Nationen des „globalen Südens“ jeweils an ihren wohlbe-gründeten Platz rücken (anstelle eines ehrlosen Feilschens und einer unreflektierten Neigung zu militärischen Interventionen ...).

Es gibt heute eine galoppierende Entwicklung der Ungleichheit, unglückliche Identitätsfestlegungen und vertriebene Bevölkerungen – das sind die großen Fragen, denen wir uns werden stellen müssen, um im 21. Jahrhundert noch gemeinsam voranzukommen, und wir werden auf diese Weise Europa zu einem historischen Akteur machen müssen – und zwar, indem wir die vielfältigen Möglichkeiten unseres *staatsbürgerlichen* Handelns miteinander zu einer Einheit verknüpfen.

In einem berühmten Abschnitt seiner *Discorsi sopra la Prima Deca di Tito Livio*¹³ (III, 1) hat Machiavelli erklärt, dass die Dauerhaftigkeit einer Republik von ihrer Fähigkeit abhängig ist, die Auswirkungen der Korruption zu kompensieren, der sie aufgrund einer Schwäche ihrer führenden Vertreter*innen oder auch ihrer Bürger*innen ausgesetzt ist, indem sie nämlich *auf ihren Ursprung zurückgreift* beziehungsweise zu den Prinzipien zurückfindet, auf deren Grundlage sie einst gegründet worden war. Arendt hat dieses grundlegende Theorem der machiavellischen Politik keineswegs ignoriert – sie hat sich sowohl in *On Revolution*, als auch in ihrer Erörterung der *Autorität* durchaus davon inspirieren lassen. Die Anwendung dieses Theorems auf die Problematik der Neugründung der Europäischen Union scheint doch ganz unmittelbar auf der Hand zu liegen. Aber in Wirklichkeit besteht hier eine doppelte Schwierigkeit: *Einerseits* hat es für die Prinzipien, auf welchen die gegenwärtige Europäische Union gründet, einfach niemals eine eindeutige Interpretation gegeben; wir können sogar sagen, dass sie unaufhörlich geradezu der „Einsatz“ eines „Kampfes zwischen unterschiedlichen Entwicklungs-Pfaden“ gewesen sind, welcher auch noch im Lauf der Zeit seinen Inhalt verändert hat. Das führt dann dazu, dass es – auf gewisse Weise betrachtet – bereits mehrere Neugründungen der EU gegeben hat, auch wenn diese ihre Bedeutung lange Zeit mit Schweigen übergangen worden ist: So geschah es etwa nach dem „Fall der Mauer“, im Moment der Einrichtung der „Einheitswährung“ und des gleichzeitigen Fallenlassens des Projekts eines sozialen Europa, sowie in dem Augenblick, als die von den Staaten ratifizierten Verträge (von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon) durch ein Verfassungsprojekt ersetzt werden sollte, welches dann gescheitert ist (in Europa haben offenbar die Referenden nur selten den erwarteten Effekt ...) oder auch in dem Moment, in dem den

hoch verschuldeten Ländern, deren unmittelbar bevorstehender Bankrott zu einer Bedrohung für das Bankensystem geworden war, harte Austeritätspolitiken aufgezwungen worden sind. Von dem von mir hier vertretenen Standpunkt sind diese stillschweigenden Neugründungen eher Formen der Korrumpierung der bestehenden Verhältnisse – wenn wir nämlich ihre langfristigen Auswirkungen zur Grundlage ihrer Beurteilung nehmen.

Daraus ergibt sich gleich auch noch eine weitere Schwierigkeit: Wie sollen wir denn eine Neugründung rechtfertigen, welche darin besteht, gewisse Orientierungen *umzukehren*, die sich auf Texte stützen, welche sie geradezu heiligen? Wie können wir die Herrschaft einer Ideologie und einer Regierungspraxis umstürzen, welche doch dem historischen Sieg bestimmter Interessen über andere Interessen entsprechen, auch wenn wir dabei den Anspruch erheben, in Kontinuität zu einem schon alten, aber immer noch unvollendeten Projekt zu stehen? Und wie können wir die herrschende Konfusion zerstreuen, welche eine notwendige Relativierung der Grenzen des *ethnos* (des Volkes im „völkischen“ Sinne) mit der Zurückstufung des *demos* (des Volkes im „demokratischen“ Sinne) zur Bedeutungslosigkeit verwechselt? Zur Beantwortung aller dieser Fragen ist offenbar eine Arbeit der Interpretation erforderlich, und das heißt doch eine schöpferische Neubetrachtung der Erzählungen über die Gründung Europas, welche insbesondere eine sorgfältige Unterscheidung mit einschließen müsste zwischen dem, was zur philosophischen *Vorgeschichte* der Idee von Europa gehört (also etwa die mehr oder minder mythischen Erinnerungen an die Christenheit, die Projekte des „ewigen Friedens“ der europäischen Neuzeit oder auch die kosmopolitischen Utopien), dem, was sich auf die politischen *Ursprünge* der gegenwärtigen „föderalistischen“ Bewegung bezieht (die im antifaschistischen Widerstand lagen) und eben dem, was mit den Anfängen einer Übertragung von Souveränität (unter den Bedingungen des Kalten Krieges) zusammenhängt.

In diesem gesamten Komplex von Anfängen müssen wir heute das auswählen, was unseren Bemühungen um eine Neugründung Europas eine Orientierung liefern kann. Weit mehr als einen Jean Monnet, einen Charles de Gaulle oder selbst einen Willy Brandt werden wir nach meiner Auffassung dafür einen Altiero Spinelli oder eine Ursula Hirschmann brauchen – allerdings in zehnfacher oder in hundertfacher Anzahl – mit der Fähigkeit, heute vielhändig so etwas zustande zu bringen wie die Redaktion eines neuen *Manifestes von Ventotene*. Und wir werden darauf angewiesen sein, dessen Inspiration damit zu konfrontieren, was die Welt heute von Europa erwartet.

Übersetzung aus dem Französische von Frieder O. Wolf

¹³ Abhandlungen über die ersten zehn Bücher des Titus Livius. [AdÜ]



Laudatio

Vlasta Jalušič



Étienne Balibar oder Was heißt politisch denken heutzutage?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde und Freundinnen, Damen und Herren, sehr geehrter Professor Étienne Balibar!

Ich bin heute glücklich, denn ich habe die Gelegenheit, einem Menschen, den ich hoch achte, öffentlich eine Laudatio zu halten. Das ist für mich eine große Ehre und Verantwortung zugleich. Obwohl ich den Preisträger bis heute nicht persönlich gekannt habe, ist er mir als Philosoph, Marxist, Strukturalist und öffentlicher Intellektueller geistig schon seit langem außerordentlich nahe. Als Studentin las ich seine Texte noch in der Zeit des jugoslawischen Sozialismus, als die Studierenden der Politikwissenschaft Anfang 1980er-Jahre die Lektüre von *Das Kapital* organisiert haben. Mit der Lektüre des Originaltextes wollten wir eine Art Widerstand leisten. Das Buch *Lire le Capital* wurde 1975 ins Kroatische übersetzt und wir konnten auch andere Texte von Balibar auf Slowenisch lesen. Balibar war einer derjenigen Autoren, die bereit waren, eine kritische Auseinandersetzung mit den Fehlern und Aporien der eignen Werke zu führen. Diese selbstkritische Einstellung hat eine ganze Generation von jüngeren slowenischen Philosophen inspiriert.

Seitdem hat sich in Europa und in der Welt im globalen Sinne nicht nur viel geändert, auch zahlreiche neuen Werke von Balibar wurden geschrieben und in verschiedene Sprachen übersetzt, die wichtige Veränderungen in der Welt entweder direkt betreffen oder wenigstens darauf Bezug nehmen. Doch will ich hier in erster Linie nicht von den vielen hervorragenden Publikationen sprechen, nämlich allein über zwanzig Bücher auf Französisch, und auch nicht von den zahlreichen anderen Originalbeiträgen, Interviews und die stetige Teilnahme am gegenwärtigen philosophischen Diskurs, mit dem er Einfluss nimmt.

Lassen Sie mich stattdessen nur einen – nach meiner Überzeugung und im Sinne des Hannah-Arendt-Preis – wichtigen Moment aus dem Denken Balibars in den Vordergrund stellen: nämlich die Art und Weise, in der sein Schreiben und Denken politisch ist. Diejenigen, die diesen Preis gegründet haben, wissen, dass Balibars Werk nicht in dem Sinne politisch ist, als ob das Politische ein Zusatz zum Philosophieren wäre: ganz im Gegenteil, und im Geiste seines methodischen Skeptizismus, geht Balibar nicht in diese Richtung.

Er betreibt vielmehr eine Rehabilitation des politischen Denkens und staatsbürgerlichen Handelns als wichtige menschliche Aktivitäten, die eine positive Veränderung in dieser Welt anregen können. Ich werde also kühn behaupten, dass des Preisträgers gesamtes Werk sich um diese Achse dreht, indem er unerbittlich versucht, die Welt, wie sie ist, zu denken und zu verstehen, und die verschiedenen „dringenden Situationen“ zu „diagnostizieren“, ohne dabei in die Falle fragwürdiger Traditionen oder Ideologien zu gehen. Dies versteht er zugleich als Widerstand gegen Unrecht und Ungleichheit. Dabei gibt er nicht der Versuchung nach, die Rezepte für die Zukunft oder theoretische Modelle für die politische „Praxis“ aufzustellen. Es gibt im Denken Balibars weder „*ready made explanations*“ noch „*easy solutions*“.

Lassen sie mich einige ausgewählte Themen skizzieren, die Balibars politisches Denken und dessen Verankerung in der Gegenwart und in der Welt sichtbar machen: Rassismus und Gewalt auf der einen Seite – Gleichheit, Staat und Revolution auf der anderen Seite.

Erstens: Als Autor, dessen Denken in der deutsch-französischen philosophischen Traditionen steht – ich nenne hier nur den hegelischen Marxismus, den Strukturalismus und die Psychoanalyse – hat sich Étienne Balibar bald nach dem Fall der Berliner Mauer mit den Folgen der Revolutionen von 1989 auseinandergesetzt. Er hat öffentlich darüber nachgedacht, wie diese Vorgänge zu verstehen sind. Denn, um mit Balibar zu sprechen (ich zitiere): „Wir müssen uns kühl nach ihrer Realität fragen und über sie nachdenken.“ Diese Einstellung zu den Geschehnissen weist durchaus Bezüge zu Marx und Hannah Arendt auf.

Im postsozialistischen Kontext hat sich Balibar unverzüglich der zentralen „ideologischen“ Thema des neuen Rassismus gewidmet und gezeigt, wie dieser – als eine Produktion der Ungleichheit, die im Horizont des westlichen Universalismus stattfindet und als innerer europäischer Rassismus, der innerlich mit Nationalismen der entstehenden europäischen Hierarchien verbunden ist – neue-alte Teilungen verursacht. Es ist ihm dadurch gelungen, sehr bald die neue Dialektik von Nationalismus und Rassismus in Europa zu beschreiben. Deshalb konnte er auch verstehen, dass es sich bei den „ethnischen Säuberungen“ beziehungsweise beim Massenmord im ehemaligen Jugoslawien vor allem um kulturell definierte „Rassen“ handelte (etwas, was viele Intellektuelle entweder nicht verstanden oder nicht einsehen wollten). Dies war die Grundlage für eine vermeintlich unvorstellbare Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts im Herzen von Europa. Die Feststellung, dass in den Kriegen und in der Zerstörung von Staatlichkeit im ehemaligen Jugoslawien des Ende von Europa begonnen hat, ist nur die andere Seite einer weitreichenden Diagnose, die Balibar sehr früh gegeben hat und die wir heute unmittelbar leben. Ich zitiere: „Europa ist nichts, was mehr oder weniger schnell ‚geeinigt‘ wird, es ist ein historisches Problem ohne irgendeine präexistierende Lösung. Die ‚Migrationen‘ und der ‚Rassismus‘ sind selbst Teile dieses Problems.“

Zweitens: Wir leben in einer Zeit, in der die meisten Leute als „machtlose“ Konsumenten immer mehr davon überzeugt sind, dass wirkliche politische Veränderungen ohne Zwang und Gewalt nicht stattfinden können, oder überhaupt nicht mehr stattfinden können. Auch Revolutionen scheinen wegen ihrer vermeintlich unausweichlichen Verbindung mit Gewalt oder Terror entweder unannehmbar oder von vornherein zu einem Niedergang verurteilt. In einer solchen Zeit ist die erneute Analytik von Macht und Gewalt im Zusammenhang mit der Macht des Volkes und der Bürger bei Balibar äußerst wichtig. Seine Kritik der Gewalt und Rehabilitation der Revolution und ihr folgende Verteidigung ihrer „Zivilisierung“ als Schlüssel zur „Zivilisierung von Politik“ können wir als ein Versuch einer „Rettung“ des verlorenen Fadens der politischen

Tradition interpretieren. Durch die Wiederbegegnung mit Marx als Denker des Umbruchs und der Emanzipation, der nach 1989 als „toter Hund“ behandelt wurde, stützt sich Balibar wieder kritisch auf die theoretische Einbildungskraft des Marxismus. Er zeigt, dass es mit Marx noch immer starke Ansätze für das Verstehen der Gegenwart gibt. Dass er die Idee des Kommunismus in den inhärenten menschlichen Wunsch nach Emanzipation und Gleichheit uminterpretiert, ist meines Erachtens eine der Schlüsselleistungen seines politischen Denkens, die sich symbolisch und politisch im Begriff der *égalité* verwirklicht. In diesem Begriff erfolgt nämlich die Wiedervereinigung der uraltesten Voraussetzungen von Politik, der Gemeinschaft der Gleichen und des eigentlichen Sinnes der Politik, der Praxis, mit ihrem modernen Ansatz im Konzept der Rechte des Menschen und Staatsbürger.

Drittens: Es besteht eine seltsame Gemeinsamkeit zwischen der Annahme, dass Gleichheit etwas ist, was uns der Staat zuweist und das wir vom Staat verlangen können, und der Behauptung, die vor allem in postsozialistischen Umständen verstärkt wird, dass Freiheit „weniger Staat“ bedeutet, was sowohl Liberalismus als auch kommunistische Linke befürworteten. Beide haben zur Folge die Depolitisierung und das Verschwinden von „*citizenship*“ als politischer Betätigung. Deshalb möchte ich, last but not least, hervorheben, dass wir bei Balibar die Elemente der Einsicht finden, dass der Staat nicht nur ein wichtiger politischer Raum der Gleichheitssicherung sein sollte, sondern auch der potenzielle Raum staatsbürgerlicher *égalité*. Wenn die Antwort auf die Frage, „Wer kommt nach dem Subjekt?“, der Staatsbürger/die Staatsbürgerin ist, und wenn wir in dieser Subjektivierung das Verstehen von Staatsbürgerschaft sehen, die nicht nur automatische Angehörigkeit bedeutet, dann wird eine solche Staatsbürgerschaft auch diejenige Selbst-Viktimisierung ausschließen, die sich in einen „Abwehernationalismus“ verändert und die Solidarität und politische Konstituierung des Volkes unmöglich macht. Nur auf solchem Hintergrund können wir die StaatsbürgerInnen als „RevolutionärInnen der permanenten Revolution“ denken, die zu neuen Gründungen fähig sind und denken und agieren im transnationalen Sinne. Das verlangt aber auch das Denken einer anderen Form von Souveränität als derjenigen, auf der der traditionelle Nationalstaat gegründet wurde: nämlich Föderieren beziehungsweise Föderalismus in dem edelsten Sinne des politischen Handelns.



Mit der Verschiebung der Betonung auf die StaatsbürgerInnen führt Balibar Politik zurück in den Kontext des Alltäglichen, Gewöhnlichen, zurück zu den Leuten als Individuen und zum potenziellen staatlichen Kollektiv, in dem sie gemeinsam handeln können im guten oder schlechten Sinne. Sie sind diejenigen, die von der politischen und staatsbürgerlichen Verantwortung geprägt sind. Doch für Balibar gibt es keine Garantie dafür, dass sie auch tatsächlich politisch agieren werden. Politik ist schon immer zweideutig, sie hat kein „Wesen“: sie ist immer eine Einheit des Doppelten, als Möglichkeit und zugleich ihre Negation, Politik, die eine Maske der Politik wird. Die Krise der Politik weist auf diese Doppelheit hin, die in den Grundlagen des modernen politischen Denkens und Institutionen verankert ist. Deshalb sollte man sie als immanente Möglichkeit denken, die stattfinden kann und sie zugleich als unmöglich in ihrer „Reinheit“ verstehen.

Balibar, der fest verankert ist im philosophischen Denken, bezieht sich auf ihn, als er selber sagt, zugleich als Häretiker, der die inhärenten Aporien seiner Begriffe aufdeckt und versucht, zu verstehen, warum sie vorkommen. Sein Denken ist ein ständiger Prozess von Wiederlesen der klassischen Texte und des Schreibens als Dialog mit sich selbst: *„Philosophers think only because they write –*

*because they look at what they wrote and realize that it doesn't work“*¹. Der Platz seines Denkens ist somit weder neutral noch mit einer à-priori-„Weltanschauung“ geprägt, obwohl er aus der Emanzipationstheorie des Marxismus ausging. Er ist gerade in der skizzierten Unmöglichkeit der Versöhnung der Gegensätze zuhause, und somit in der gegenwärtigen Spalte, in der sich die Symptome als gegenwärtige politische Widersprüche zeigen. Mit ihrer Hilfe beobachtet er „alte Begriffe“, die er dekonstruiert und rekonstruiert auf die Weise, die uns neue Möglichkeiten des Denkens anbieten. Durch die Rede von der Krise der Politik spricht Balibar keinesfalls über deren Untergang. Auch gibt er die klassischen universalen Kategorien, wie etwa Menschenrechte, nicht auf als leer oder abgewertet, sondern besteht in der guten alten hegelschen Manier gerade auf ihnen. Das macht er nicht so, dass er sie mit einer schlechten Synthese fixiert oder mit einer konjunkturellen Anwendung, sondern schließt sie – in ihrer innerlichen Spannung – in die Analyse der „unmittelbaren Dringlichkeiten“ ein.

¹ Balibar in Nicolas Duvoux & Pascal Sévérac, »Citizen Balibar. An Interview with Étienne Balibar«, *Books and Ideas*, 26. November 2012. <http://www.booksandideas.net/Citizen-Balibar.html>



Durch diese Verknüpfung schafft Balibar wunderbare Begriffe, wie schon erwähnte *égaliberté*, *citizen-subject*, national-sozialer Staat, Etatismus ohne Staat, Zivilisierung der Revolution und Politik – und rehabilitiert so zum Beispiel den politischen Begriff des Volkes gegen den „Populismus“. Es sind gerade diese Begriffe, die mit ihrer paradoxen oder oxymoronschen „Doppeldeutigkeit“ mit einem Schlag unsere Aufmerksamkeit auf die Schlüsselwidersprüche richten. Deshalb sind sie von unschätzbarem demonstrativen Wert in einer Zeit, die selber mehr und mehr aporetisch ist im Sinne von vielen binären Konstruktionen und ideologischen Dualismen, die unüberwindbar scheinen.

Zugleich ist Balibar stets anwesend als reflektierender, urteilender Staatsbürger der Welt (im Sinne vom potenziellen öffentlichen Raum) und Staatsbürger von Europa (französischer Nationalität). Er ist ein unermüdlicher Kommentierender, und interveniert aktiv in diesen Raum als derjenige der „einfach nicht ertragen kann, dass die Leute als minderwertig behandelt wurden.“² Deshalb tut er nicht so, als ob sein Denken „nur aus Lesen der philosophischen Texte“ stammt, sondern macht darauf aufmerksam, dass er „mit mehreren Jahrzehnten gekennzeichnet (ist)“, in denen er sich „teilweise als Aktivist und teilweise als Theoretiker mit den Fragen von Rassismus, Kulturalismus, sozialer Kontrolle und anderen auseinandergesetzt hat.“³ Dies sind einige wichtigen Elemente, die meines Erachtens das „Politisch-sein“ von Balibars Denken sichtbar machen können und die dafür sprechen, dass der Hannah-Arendt-Preis in diesem Jahr an einen hervorragenden politischen Denker geht, der (wie mein Freund Tomaz Mastnak, der ihn persönlich kennt, mir schrieb) „einer der immer weniger werdenden Intellek-

tuellen ist, die vernünftig politisch eingreifen (nicht als Berater in den Wahlkämpfen). Dabei fühlt er sich verpflichtet von dem, über was er theoretisch nachgedacht hat. Er verpfändet seinen Namen für Sachen oder Prinzipien, hinter denen er auch theoretisch steht. Besonders wichtig dabei ist seine Befürwortung der Rechte der Palästinenser und seine Kritik der Entdemokratisierung in der EU.“ Auch „akzeptiert Balibar ohne Probleme die rücksichtslose Kritik seiner Positionen und debattiert darüber solange die Sachen irgendwie klar werden oder sich wenigstens auf eine neue Ebene verschieben“. Zudem besitzt er auch eine ganz eigentümliche Fähigkeit elementarer menschlicher Unmittelbarkeit, die auch die Kinder sehr lieben.

All das bestätigt ein Kommentar von Balibars Studenten in einer im Internet zugänglichen Videoaufnahme seiner Vorlesung, wo es heißt: „Monsieur Balibar: vous êtes simultanément le penseur le plus modeste et le plus dominant que j'ai jamais rencontré“.

Heutzutage gibt es nicht sehr viele Leute auf der Welt, denen ich öffentlich die Hand geben möchte und sie damit wörtlich berühre und sage, dass sie groß sind. Étienne Balibar, sie sind zweifellos einer von denen.

Vlasta Jalušič arbeitet am Peace Institute, Slovenia

² Balibar in Diane Enns, "A conversation with Étienne Balibar". In: Symposium. *Canadian Journal for Continental Philosophy* 9,2 (Fall 2005), 397-8.

³ Balibar in Nicolas Duvoux & Pascal Sévérac, ebenda.



Hannah-Arendt-Preis für ... Denken

Hann ...
ytsch,
... annikowa und
... hina





Symposium

Europa – Chaos und Pluralität

Symposium zur Verleihung des Hannah-Arendt-Preis 2017 mit Étienne Balibar, Antonia Grunenberg, Vlasta Jalušič, Martin Nonhoff, Frieder Otto Wolf

Antonia Grunenberg: Ich sage noch mal zu Beginn, was ich gestern schon angekündigt habe und was auch Étienne Balibar angekündigt hat: Nach dem nun folgenden Gespräch mit dem Preisträger werden wir über die Kritik, die im Vorfeld laut geworden ist, sprechen. Wann genau dieser Zeitpunkt gekommen ist, entscheiden wir gemeinsam, abhängig davon, wann das nun folgende Gespräch endet.

Dieses Gespräch mit vier Teilnehmern steht unter dem Titel *Europa – Chaos und Pluralität*; wenn Sie so wollen, kein besonders origineller Titel, aber irgendwie doch aus der Zeit geboren. Man könnte den Eindruck gewinnen, wenn man einen Überblick über die Diskussion gewinnen will, als ginge es darum, das, was vorhanden ist, vollständig zu zerschlagen, um etwas ganz Neues zu errichten.

Immer neue Denkmodelle entstehen. Anders bei Étienne Balibar, der sich mit Prozessen der Entscheidungsfindung, der Rückwirkung europäischer Entscheidungen auf einzelne Nationen und mit dem Verhältnis von Nationen und Staatenverbänden von Nationen und Ethnie auseinandersetzt und der nach der Stimme der Völker fragt und so jene Zentralperspektive, die eigentlich die meisten Blicke auf Europa kennzeichnet, immer wieder durchbringt.

Im Zentrum steht heute die Position Balibars, der einen der originellsten Beiträge zur gegenwärtigen Lamentatio über Europa verfasst hat und der sich seit vielen Jahren mit Herz und Seele auf das Wohl und Wehe Europas einlässt. Im Zentrum stehen aber auch die anderen Perspektiven, die die weiteren Teilnehmer einbringen.

Über Étienne Balibar haben sie sich selbst informiert und gestern Abend gab es sehr viele Fragen, und ich muss ihn heute nicht noch einmal vorstellen. Neben mir sitzt Vlasta Jalušič. Sie ist Politikwissenschaftlerin und außerordentliche Professorin am Institut in Ljubljana. Sie hat vor allem im angelsächsischen Sprachraum breit zum Thema Staatsbürgerrechte, Gender und soziale Ungleichheit publiziert. Ihr letztes Buch *Das Böse der Gedankenlosigkeit mit Hannah Arendt – Das post-totalitäre Zeitalter und die Massenverbrechen verstehen* erschien 2009. Daneben sitzt Frieder Otto Wolf, vielen von Ihnen aus alten Tagen bekannt, er lehrt seit 1973 an der

Freien Universität Berlin und war 15 Jahre im europäischen Parlament tätig. Das heißt er bringt auch die Perspektive der praktischen Erfahrung mit ein. Er hat unter anderem Althusser und Balibar ins Deutsche übersetzt und ist auch der Übersetzer der Preisträger-Rede von gestern Abend.

Neben ihm sitzt Martin Nonhoff. Er ist seit 2012 Juniorprofessor für politische Theorie an der Universität Bremen. Sein Arbeitsschwerpunkt sind Theorien politischer Diskurse, Theorien radikaler Demokratie sowie Macht- und Hegemonialtheorien und europäische Populismen.

So, jetzt gebe ich zunächst das Wort an Étienne Balibar und die Diskussion wird sich danach, nicht geplant A, B, C, sondern spontan, je nach der Gesprächssituation ergeben. Ich habe eine Reihe von Fragen vorbereitet, aber mein Ziel ist, dass die Diskussion auch ohne meine Fragen läuft.

Étienne Balibar: Vielen Dank. – Also, ich hoffe, dass mein Deutsch sich allmählich verbessern wird während der Diskussion. Das ist wahrscheinlich das erste Mal, dass ich auf Deutsch diskutiere, seit so vielen Jahren. Also es ist für mich eine sehr, sehr große Ehre, erstens natürlich diesen Preis bekommen zu haben und dann auch hier mit Ihnen, meine Herren und Damen, und mit meinen Kollegen und Freunden diese Gelegenheit zu benutzen um unsere gemeinsame Frage, ich würde sagen unser gemeinsames Problem *Europa* zu diskutieren.

Die Rede, die ich gestern Abend gehalten habe, und dahinter natürlich auch das Buch, die Versuche, die mein Freund Frieder übersetzt hat, das stellt, würde ich sagen, den Hintergrund für das, was ich heute sagen kann. Aber ich werde nicht noch einmal ausführen, was Sie vielleicht schon gelesen oder gehört haben. Ich weiß nicht, ob jeder, der heute Morgen in diesem Saal sitzt, auch gestern da war. Ich bin mir bewusst, dass die anderen Teilnehmer in gewissem Sinn vielleicht mehr zu sagen haben, als dass ich jetzt noch vorstellen könnte.

Die Konsequenz dessen ist, dass ich einige Punkte im Voraus notiert habe. Das Wichtigste wäre für mich, wenn wir nicht einfach Positionen auf den Tisch stellen. „Ich bin für das oder gegen das“, „Ich denke das der Plan des französischen Präsidenten gut oder schlecht ist“ et cetera, sondern vielmehr versuchen zu verstehen oder zu betrachten, ob und wie wir mit der Diagnose über die heutige Stellung oder Situation Europas einverstanden sind. Wie wir das analysieren, was für uns die größten Probleme sind. Wie hat sich das besonders in der letzten Periode verändert, aber die letzte Periode hängt natürlich davon ab, wo man sie ansetzen möchte. Einige von uns würden vielleicht sagen, dass Europa immer schon in einer Krise oder kritische Situation war und das stimmt glaube ich in gewissem Sinne, aber dann haben natürlich auch ungeheure historische Veränderungen oder Prozesse stattgefunden.

Die Wende, ich weiß nicht, ob das das richtige Wort ist. Nach 1989 ist meiner Meinung nach in einem gewissen Sinne ein neuer Anfang. Unmittelbar danach kommen die letzten Verträge, die die heutige materielle Verfassung Europas geprägt haben. Dazu gehören auch selbstverständlich die Änderung an Größe, die Ausweitung der Union und die gemeinsame Währung. Das waren natürlich schon dramatische Änderungen, aber in jüngster Zeit ist dann die finanzielle Krise gekommen, und damit auch die griechische Frage und einige andere Konflikte und ihre Folgen. Also erste wirkliche Frage: Wie würden wir das definieren – ich denke, das Wort Krise ist einerseits unvermeidlich. Ich sehe nicht, wie – das ist Teil meines Titels hier „Europa – Krise ohne Ende?“ – so lassen wir das Ende beiseite für einen Moment ... aber Krise werde ich natürlich nicht vermeiden, aber ich bin auch ganz überzeugt, dass dieses Wort völlig ungenügend ist. Welche Art Krise ist das? Was meinen wir, wenn wir „Krise“ sagen?

Ich werde nie vergessen, wie einer meiner großen Meister, der französische Philosoph Jaques Derrida, einmal zu mir sagte, das war glaube ich zur Zeit meiner Habilitation: „Du sprichst immer von Krise, ihr Marxisten ihr sprecht immer von Krise, Krise des Kapitalismus. Was ist das, eine Krise? Wisst ihr genau was ihr meint?“

Und zweitens, nach dieser Frage, der Frage der Analyse oder der Diagnose, dann kommen meines Erachtens nach die wichtigsten oder auch schwierigsten Fragen, die wir jetzt überhaupt nicht beiseitelassen können. Und da ich natürlich als Philosoph im breiten Sinne erzogen worden bin und ich habe immer so gearbeitet, aber er erinnert natürlich daran, dass Hannah Arendt oft die Bezeichnung Philosophin abgelehnt hat.

Aber das bedeutet für mich auch politische Theorie, das ist auch Philosophie, Soziologie, Anthropologie, Geschichte in gewissem Sinne. Wenn wir uns mit grundsätzlichen Fragen beschäftigen – auch das ist Philosophie. Oder, wenn Sie so wollen, Philosophie muss auch etwas anderes als Philosophie sein. Dann möchte ich sagen: die schwierigsten Fragen sind die, die mit dem Sinn und dem Benutzen von gewissen Begriffen zu tun haben. Und ich habe natürlich gestern einige Begriffe oder Quasi-Begriffe benutzt und eingeführt, weil man über eine gewisse historische Lage, ein politisches Problem, über Fragen der Vergangenheit und der Zukunft des Übertragens einer Zivilisierung von der Vergangenheit zur Zukunft nichts sagen kann, wenn man keine Begriffe benutzt. Und ich habe das getan, aber diese Begriffe die sind auch für mich völlig, ich würde nicht sagen mysteriös, aber die sind nicht ganz klar und, ob man sie oder andere benutzen sollte, das ist auch für mich immer noch ein Problem.

Also, ich werde einfach ein paar Beispiele geben, die ich aus dem nehme, was ich gestern gesagt habe. Und dann vielleicht kann die Diskussion beginnen. Also Krise habe ich schon erwähnt. Ich habe gestern gesagt, die Krise, die letzte Krise sagen wir, nicht die originelle, die ursprüngliche Krise, aber die letzte Krise, die Krise, die man als solche benannt und wiedererkannt hat, ist erstens als ökonomische oder vielmehr finanzielle Krise benannt worden und rezipiert worden. Das war die Möglichkeit, das das europäische Bankensystem und damit auch die gemeinsame Währung als Folge der Akkumulation von Schulden, wegen besonders verschuldeter Staaten Europa zerfallen könnte. Und dann sind einige Mittel benutzt worden, um diese finanzielle Krise zu lösen oder aufzuschieben.

Ich habe gestern gesagt, die Krise hat sich in eine politische Krise verändert. Oder die politische Dimension der Krise ist klar und öffentlich geworden. Und das kann man sehen. Es gibt immer noch ein Fragezeichen. Also stimmt das? Und ich habe einige Kriterien erwähnt, die ich nicht wiederholen werde. Nur zwei von ihnen möchte ich noch einmal unterstreichen.

Ich habe von Unregierbarkeit gesprochen. Auf Französisch *ingouvernabilité*. Und dahinter steht auch natürlich das Problem dessen, dass man jetzt seit einigen Jahren, das ist ein Neologismus, *gouvernance* nennt. Mein Eindruck ist und bleibt und vielleicht ist das eine französische Sicht – und die Frage ist, ob das auch für Deutschland stimmt –, dass die Veränderungen in der öffentlichen Meinung in unseren Ländern nicht nur dadurch bestimmt wurden, dass sich viele Schichten der Gesellschaft unwohl gefühlt haben.

Aber sie haben auch eine gewisse Angst erfahren, dass unsere Gesellschaften im gewissen Sinne nicht mehr regierbar geworden sind. Und das ist ein Problem, das auch damit zu tun hat, dass der Sitz sozusagen der Regierung oder wie man in der alten Terminologie vielleicht gesagt hätte, der politischen Gewalt nicht mehr klar und eindeutig zu bestimmen ist. Wo liegt die reale politische Gewalt? Bei den nationalen Regierungen, in Brüssel oder im Netz der finanziellen und ökonomischen Mächte, die in der Tat über uns Macht haben, ist das irgendwo zwischen Amerika und China?

Ist das der gute Begriff? Ich weiß es nicht, den man benutzen sollte und hier kommt auch zu meinem Kopf eine gefährliche, eine ganz gefährliche Referenz oder Analogie aus Carl Schmitt, wie andere (Gemurmel im Publikum). Ich glaube nicht, dass ich das rechtfertigen sollte. Das war ein kluger Mann und ein großer ... ein schlechter Mann, ein kluger Mann. Und in 1923 hat Carl Schmitt ein Buch geschrieben, das sehr sehr intelligent ist, unmittelbar nach der russischen Revolution und noch nicht zur Zeit von Hitlers Aufstieg, aber Mussolini hatte schon den Gang nach Rom gemacht und Schmitt war natürlich völlig auf dieser Seite, er erinnert den Titel, den man auf der anderen Sprache nie zu übersetzen könnte, wie heutige ...: „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“.

Aber lassen wir Schmitt beiseite, ich möchte gerne die Frage stellen nach der geistesgeschichtlichen Lage des Parlamentarismus in unseren Wissenschaften und vielleicht werde ich damit enden.

Aber in dieser Hinsicht könnte man glauben, dass das Problem sich in verschiedenen europäischen Ländern ganz anders präsentiert oder darstellt. Und die letzten Entwicklungen des politischen, wir sagen auf Französisch *cuisine*, ja, des *Geschäfts*, könnten erweisen was ich vor einigen Tagen in einer französischen Zeitung von einem berühmten Kommentatoren gelesen habe. Ich übersetze das Wesentliche: „Wir sind glücklich, dass wir in Frankreich diese bonapartistische Tradition haben, entweder aus Bonaparte oder aus de Gaulle, weil das politische System völlig unregierbar geworden war und natürlich in diesem Moment können die Franzosen den einen Mann der Vorsehung irgendwie finden, der sich präsentiert, jung, klug (Zuruf: gut aussehend) ... , ja, aber klug ... kühn, dann geht das.“

Und wenn wir auf die andere Seite des Rheins schauen, dann haben wir ein politisches System, das ganz solide und gut wirkend zu sein scheint. Das war das stabile Element im Herzen Europas. Und daraus ist auch die Stabilität des europäischen politischen Systems in gewissem Sinne entsprungen. Und jetzt ist das offensichtlich – wie lange wissen wir nicht –, wie schwach ein reiner Parlamentarismus als politisches System ist. Es hat ganz gute Seiten: Pluralität, Respekt für den Rechtsstaat und so weiter. Das kommt natürlich aus einer ganz tragischen Geschichte, woraus unsere Nachbarn und Freunde die Konsequenzen gezogen haben ... aber jetzt befinden sie sich in gewissem Sinne in Schwierigkeiten.

Aber diese Parallelisierung hat mir nicht gefallen. Weil ich gar nicht glaube, dass Bonapartismus sich am Ende als ein gute Methode von Regierung erweisen wird. Und auch muss ich sagen, weil ich davon überzeugt bin oder weil ich glaube, dass die kritischen Phänomene, die wir jetzt beobachten können keine rein nationalen Phänomene sind. Es sind mehr noch Probleme, die in der Tat mit den inneren Beziehungen, ich würde sagen der nationalen politischen Systeme und Verfassungen und zugleich des europäischen Systems zu tun haben.

Denn wir leben in der Tat schon in einem System, das ich gestern, das ist ein anderer problematischer Begriff, ein quasi föderales System oder bundestaatliches genannt habe. Ich habe ein Problem mit Staat. Ich spreche immer auf Französisch vom *citoyen*. Man kann das natürlich als Bürger oder Bürgerschaft auf Deutsch übersetzen, aber das normale Wort ist Staatsbürger. Daraus hast Du (gemeint ist Vlasta Jalušič) entnommen, dass ich ein Plädoyer für den Staat in meinem Werk gemacht habe. Da bin ich nicht

sicher, ob wir da ein gemeinsames Verständnis haben und ob dabei ein gemeinsames Verständnis der republikanisch-liberalpolitischen Systeme aus zwei Jahrhunderten von europäischer und amerikanischer Geschichte herauskommt, und das nun in gewissem Sinne in eine Krise geraten ist. Und wie soll man das diskutieren und was draus schlussfolgern?

Also, ich habe meinen Text noch einmal angeschaut, als ich gesagt habe, man kann nicht ein höheres Niveau von Zentralregierungsmitteln oder Gewalten europäisch herstellen oder schaffen, das zugleich repräsentativ, justiziell exekutiv ist und was unser großer Kollege Habermas ... post-demokratische Exekutive ... Föderalismus genannt hat. Das kann man nicht machen und das kann nicht legitim sein, das kann überhaupt nicht regierbar bleiben, wenn nicht auch, ich würde sagen ein Zusatz von Demokratie in verschiedenen Formen dazu kommt.

Und ich habe die Assemblé-Form genannt. Das kann ein bisschen utopistisch klingen. Ich hätte vielleicht sagen sollen in Arendts Worten, das ist unsere verlorene Tradition, die wir vielleicht wieder erschaffen sollten. Aber glauben sie mir und ich mache hier Schluss, das sind nicht einfach Wörter, leere Wörter, aber das sind Möglichkeiten, das sind Hypothesen, deren Wirklichkeit und Wirksamkeit ich natürlich nicht sicher sein kann.

Antonia Grunenberg: Ja, vielen Dank! Ich versuch noch mal ein bisschen zusammenzufassen. (Aus dem Teilnehmerkreis: Nein!) Doch! Das mache ich sehr wohl und das werden Sie mir nicht verbieten! Also: Es ist angesprochen worden die Frage der Perspektive in der man diskutiert. Zentralperspektive versus all die anderen Perspektiven die im Spiele sind. Es ist die Frage der Unregierbarkeit von Gesellschaften in Europa angesprochen worden. Es ist die Frage angesprochen worden, wo eigentlich die, und ich würde nicht sagen Gewalt, sondern ich würde sagen, wo die politische Macht liegt in Europa. Und ich glaube, dass Herr Balibar einen sehr wichtigen Punkt angesprochen hat, nämlich die Unsicherheit darüber wo Machtbildung legitim erfolgt.

Vorletzter Punkt: die Frage nach der Rolle der Parlamente und des Parlamentarismus und schließlich die Forderung nach der Nutzung weiterer Möglichkeiten der demokratischen Partizipation und Legitimitätsbildung.

Jetzt würde ich gerne Frieder Wolf fragen, der ja auf eine lange praktische Erfahrung in Europa zurückblickt und trotzdem jetzt Abstand hat, weil er schon länger aus dem EU-Parlament raus ist, ob diese beiden Ebenen, die der Macher, sei es im Parlament, sei es in der Exekutive in Brüssel, und die der Nachdenker, ob die sich überhaupt irgendwo begegnen, oder ob das zwei völlig verschiedene Welten sind, die nur zufällig aufeinandertreffen.

Frieder Otto Wolf: Die Antwort ist eine doppelte: Ja, und nein. Einerseits.

Antonia Grunenberg: Radio Eriwan.

Frieder Otto Wolf: Nein, einerseits ist es so, dass diese europäische Technokratie, als die ich sie mal bezeichnen möchte, immer unterschätzt wird. Also, die Mehrzahl der Regelungen, denen wir in unserem Leben folgen, sind auf europäischer Ebene festgelegt worden. Von da aus ist das der ... die administrative Durchsetzungsmacht, man kann fast sagen der Grad der kollektiven Souveränität wird eigentlich immer unterschätzt und zweitens gibt es auch ein Organ in dem das praktiziert wird. Das ist der europäische Rat der Staats- und Regierungschefs.

Da, und da ist, kann man exemplarisch dann, *Merkel in der Krise*, da hat man erstens europäische Ressourcen jenseits der Vorstellungsmöglichkeiten mobilisiert, um die Krise der Banken in den Griff zu bekommen und zweitens hat man dann einfach eine Pause gemacht und dann hat man als Versammlung der Staats- und Regierungschefs weitergemacht und noch größere Summen mobilisiert und damit überhaupt erst diese Bankenkrise gestoppt. Also diese sozusagen Doppelung, das tatsächlich in Krisensituationen – und da hat die Methode Merkel eine große Rolle gespielt – Entscheidungen getroffen werden können und getroffen werden (in Sachen Finanzkrise wurden entsprechende Regelungen institutionell verankert), aber dann hat es bei der Flüchtlings-, oder Geflüchtetenkrise dieses Follow-up nicht gegeben. Also da gibt es große Unterschiede und es gibt riesige Lücken.

Von da aus würde ich auch vielleicht Étiennes Reflektion über die Krise in der Weise aufnehmen, als man eigentlich sagen kann: die europäische Ebene dieser Technokratie hat sich immer schon durch Krisen reproduziert. Schon die Methode Monnet war im Grunde ein Versuch an kleinen Punkten, wo es irgendwie schwierig war Regelungen zu treffen, die dann eine Dynamik entfalteten, weitere

Regelungen nach sich zu ziehen. Und in den letzten Jahren also nach 1990 haben wir wirklich das auf systematischer Ebene, das die europäische Technokratie und das ist nicht in erster Linie die Kommission, sondern dabei ist das Machtzentrum übergegangen auf die Versammlung der Staats- und Regierungschefs. Die haben die Kommission auch jetzt soweit klein gekriegt und überspielt, dass sie tatsächlich so etwas wie der europäische Staat sind, oder das europäische politische Gemeinwesen, um das sozusagen in anderer Terminologie zu sagen, weil der Staat bei uns immer als souveräner Nationalstaat mitgedacht wird und das ist diese europäische Union nicht.

Aber sie ist eine Realität und diese Realität wird unterschätzt und in der Tat, da hat Étienne glaube ich völlig recht, sie bedarf der politischen Legitimierung. Und die fehlt ihr. Also die Krise ist eine Krise der politischen Legitimität dieser existierenden, man könnte sagen kollektiven Staatsgewalt, die ausgeübt wird von dieser Versammlung der Staats- und Regierungschefs, die große Gestaltungsmöglichkeiten haben, die auch große Möglichkeiten haben in Krisen tatsächlich zu reagieren, die aber das dann nur halbherzig und mühsam zu Hause verkaufen und gewissermaßen in den normalen Verfassungsrahmen einfügen. Also ich glaube von da aus ist diese quasi bundesstaatliche Struktur mächtig, aber es gibt auch die Möglichkeit einer europäischen Mobilisierung von unten. Ich erinnere an die Euro-Märsche. Das hat dann noch verschiedene Fortsetzungen gegeben. Es gab europäische Märsche für Vollbeschäftigung und Integration, die in allen Mitgliedsstaaten mobilisiert haben und in Brüssel dann Demonstrationen veranstaltet haben. In den 1990er Jahren.

Und inzwischen gibt es, weil man das *assemblée* sagt, hat es europäische Sozialgipfel und Ähnliches von unten gegeben, wo Nicht-Regierungsorganisationen zu dem Zweck gebildet die Initiativen dann tatsächlich versucht haben ...

Étienne Balibar: Aber die nicht europäisch orientiert sind in den meisten Fällen. – Ich sollte dich nicht unterbrechen.

Frieder Otto Wolf: Sie waren darauf orientiert eine kritische Instanz gegen die Politik der Kommission und die Politik des Ministerrats zu entwickeln. – Aber völlig richtig, sie haben keine klare alternative europäische Orientierung, das liegt aber auch daran, dass dieser technokratische Komplex, der sich da sowohl auf der Seite der Staats- und Regierungschefs, als auch auf der Seite der Kommission entfaltet hat, eigentlich nur subalterne Partizipation kennt, will und organisiert. Von da aus ist es ganz schwierig tatsächlich eine alternative Politik hier einzubringen. Ich denke es ist möglich auch in Kooperation mit dem europäischen Parlament, aber das europäische Parlament ist eben kein Parlament wie alle anderen.

Das heißt, das Verhältnis Parlament und Regierung funktioniert so nicht in Europa. Das kann man daran deutlich machen, dass es trilaterale Verträge zwischen der Kommission, dem Ministerrat und dem Parlament gibt und auch trilaterale Treffen, wo man versucht sozusagen laufende Geschäfte auseinander zu sortieren. Also von da aus, ja, es gibt eine Verfassung in Europa. Sie ist und sie ist auch sagen wir mal auf eine gewisse Art von demokratischer Offenheit hin angelegt, aber sie wird gegenwärtig blockiert durch das Handeln der Staats- und Regierungschefs, die tatsächlich sich das Monopol der Entscheidung der souveränen Entscheidung vorbehalten und das dann auch noch außerhalb der Öffentlichkeit. Denn die Sitzungen des Ministerrats sind nicht öffentlich und diese Sitzungen, wo sie sich darüber verständigen, was sie denn noch machen könnten, außerhalb der Kompetenzen der EU, die sind erst recht nicht öffentlich. Also wir haben hier einen, wenn man so will, einen unsichtbaren Macht- und ich würde schon sagen Gewaltkern, der sich der Kontrolle entzieht und der Kampf muss sein eine Mobilisierung von unten, die darauf zielt hier Kontrolle wieder zu gewinnen.

Ich will Ihnen eine Anekdote erzählen. In Zeiten der dänischen Minderheitsregierung gab es eine Verpflichtung des Vertreters im Ministerrat sich mit dem dänischen *Folketing* rückzukoppeln, dort saß ein kleiner Ausschuss für Europafragen, und mit dem musste er, bevor er im Ministerrat irgendetwas zustimmte, sich einigen. Natürlich ist das eine etwas komplizierte Sache, aber grundsätzlich ist die Politisierung der Entscheidung des Ministerrats eine wichtige Aufgabe und diese Aufgabe, und damit werde ich jetzt in der deutschen Politik auch ankommen, könnte auch zum Beispiel in einer deutschen Regierungsbildung eine Rolle spielen, wo das Thema Europa noch keine wichtige Rolle gespielt hat.

Das aber ist falsch und hier könnte tatsächlich der Versuch gemacht werden, europäische Politik, die stattfindet, aber letztlich von deutschen Ministern gemacht wird, wie der Skandal um die Zustimmung des Landwirtschaftsministers gezeigt hat. Die machen europäische Politik, sie machen sie aber außerhalb und weit außerhalb der parlamentarischen Kontrollen und daran könnte man was machen und das wäre ein Thema, das hier und heute politisierbar wäre und das gerade in der Regierungsbildung, die wir gerade haben, eine Rolle spielt, wobei ich vielleicht noch das letzte dazu sagen kann, wir haben ja, vielleicht um die Differenz zwischen Technokratie und Politik auch noch mal deutlicher zu machen, wir haben in Europa jetzt öfter die Situation gehabt, dass irgendwelche Regierungen nicht gebildet werden konnten, das hat aber das Funktionieren des Systems nur marginal beeinträchtigt. Was es beeinträchtigt hat ist die demokratische Öffnung und demokratische Legitimierung. Aber das technokratische System funktioniert auch ganz gut ohne eine gewählte Regierung.

Antonia Grunenberg: Martin Nonhoff, wollen Sie direkt dazu?

Martin Nonhoff: Ja, sowohl von Herrn Balibar als auch von Frieder Otto Wolf Punkte aufnehmen und versuchen die mal zu verbinden. Das was ich an dem Denken und an den Schritten von Herrn Balibar tatsächlich, und auch bei dem, was jetzt gerade eben gesagt wurde, als politischer Theoretiker immer so begrüßenswert finde, ist, dass dort die Analyse und Kritik der politischen Verhältnisse grundiert wird und das ist denke ich die erste Aufgabe der politischen Theorie durch Begriffsarbeit, durch Begriffsklärung und eben das haben Sie ja eben vorgeschlagen noch mal zu tun, einerseits.

Und dass andererseits mit dem was gerade eben über die nicht-öffentlichen Sitzungen angesprochen wurde, noch mal ein Begriff ins Spiel kommt, der in der Begriffsklärung, die Herrn Étienne Balibar gerade eben vorgenommen hat, nicht noch mal zum Spiel kam, obwohl es ein zentraler Begriff des Vortrags gestern war und das ist der des *double bind* der europäischen Politik, weil natürlich klar wird, dass, wenn Politik in der europäischen Tradition wie Europäerinnen und Europäer seit langem über Politik nachdenken und auch Balibar, wenn sie einen Sinn hat, dann liegt dieser Sinn darin, dass sich in der Politik Freie und Gleich begegnen auf Augenhöhe als Freie. Dass wir sehen, dass das die Finalität, das Ziel von Politik ist, dass diese Gleichfreiheit, wie es Balibar nennt, möglich wird, dass ist, denke ich, eingeschrieben in die Tradition europäischer Politik.

Nun ist andererseits und natürlich erkennbar, dass in vielerlei Hinsicht, obschon das die Finalität von Politik ist, sich europäische Politik selbst Wunden und Verletzungen zufügt, immer auf's neue, die dann vielleicht krisenförmig werden, die es verunmöglichen sich als frei und gleich zu begegnen und diese Nicht-Öffentlichkeit ist natürlich ein Fokuspunkt, ein, ja, zentrales Signal dafür, was wir auf höchster Ebene innerhalb der Institutionen sehen.

Das genau diese Widersprüchlichkeit dessen, was als Politik angestrebt wird und was praktiziert wird sichtbar wird, aber es gibt noch andere ... und darauf, denke ich, muss man auch hinweisen. Es ist nicht nur das innerinstitutionelle Spiel, um das es geht, sondern es sind ja in vieler Hinsicht Auswirkungen dieser Politik, die vielleicht oft nicht intendierte Auswirkungen haben, aber die gleichwohl da sind, auf die man hinweisen sollte und die in der Diskussion mit Balibar, denke ich, auch eine Rolle spielen sollten.

Da ist einerseits natürlich die immer noch in Europa stark verbreitete und auch sehr ungleich verteilte Armut innerhalb der Staaten und auch die Ungleichverteilung andererseits von Reichtum innerhalb der Staaten und auch zwischen den Staaten. Also man muss ja nur mal über Deutschland nachdenken: In Deutschland funktioniert von den großen umverteilten Steuern – Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer –, funktioniert vielleicht eine, nämlich die Einkommenssteuer noch halbwegs. Ich weiß nicht genau, wie die Lage in Frankreich ist, aber es ist offensichtlich weder auf nationaler und auch nicht auf europäischer Ebene ein wirklicher Wille erkennbar, das zu verändern und inwieweit das zusammenhängt mit der Nicht-Öffentlichkeit der Gesprächskreise wäre zu diskutieren und da wäre ich auch an Ihrer Meinung, die Sie ja sehr nah dran waren, interessiert.

Und ein Zweites kommt hinzu: Einen ganz starken Begriff gestern im Vortrag fand ich den der Pathologie der europäischen Einheit, die als Rassismus sich niederschlägt.

Die phantasmiierte Idee der Einheit wirkt als die Einheit der wohlhabenden weißen Mittelschicht, das ist ein Punkt, auf den man mit Balibar immer wieder hinweisen kann und dass die Einheit stattfindet oft um den Preis der Grenzziehung nach außen. Und das ist natürlich, wenn Politik die Begegnung der Freien und Gleichen heißt, etwas, wo sich die Katze in den Schwanz zu beißen droht.

Über Technokratie und Autokratismus wurde gesprochen. Aber ich muss noch einen letzten Punkt sagen, der mir aus deutscher Perspektive wichtig zu sein scheint und der vielleicht aus französischer Perspektive, aber das wäre zu klären, anders aussieht. Mein Eindruck ist, dass die Wahrnehmung Deutschlands als Hegemon sich verstärkt hat in den letzten Jahren und dass das keine positive Entwicklung für das Zusammengehörigkeitsgefühl Europas darstellt. Und da würde mich tatsächlich interessieren: Erstens wie ist die Wahrnehmung in Frankreich, die ist natürlich eng verknüpft mit der deutschen Politik gegenüber Griechenland, die in vieler Hinsicht, die gerade nicht auf der Anerkennung als Gleicher beruht. Dann könnte man wieder sagen, aber dann hat die Folgebereitschaft eben gerade im Zuge der Flüchtlingskrise, die Sie eben angesprochen haben, eben nicht mehr stattgefunden, also da war die hegemoniale Kraft eben nicht erkennbar, aber grundsätzlich in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen ist das, denke ich, deutlich zu erkennen.

Da würde mich also interessieren, wie wird das in Frankreich wahrgenommen und ist das auch in dieser Hinsicht eine Pathologie sozusagen von europäischer Politik, eben weil sie Freiheit und Gleichheit konterkariert.

Vlasta Jalušič: Ja, jetzt werde ich Schwierigkeiten haben, wieder mein Deutsch wieder irgendwie zu mobilisieren, also verzeihen Sie mir bitte. Also ich möchte eigentlich auf die Frage gehen, wie wir die Begriffe verwenden. Ich denke, dass das das Wichtigste ist.

Wenn wir über diese Sachen wie Europa und Demokratie, Föderalismus, Macht und so weiter und so fort diskutieren, und ich würde gerne auf drei oder vier Begriffe eingehen, und zwar sind das: Staat, weil ich habe ja gestern mit Absicht Balibar so gelesen, dass ich irgendwie gesagt habe, dass er hinter dem Staat steht und nicht gegen den Staat ... also spricht und schreibt.

Frieder Otto Wolf: Darf ich einen Zwischenruf machen? – Ich glaube, es ist hier ganz wichtig zu unterscheiden zwischen Staat und politischem Gemeinwesen. Balibar steht hinter dem politischen Gemeinwesen, aber nicht hinter dem Staat.

Vlasta Jalušič: Da sehe ich eine Schwierigkeit bei mir und ich denke, das ist sehr gut, danke. Ich bin nicht sicher, also ich habe Balibar auch gelesen und (Lachen) und ich denke ihn kann man auch immer wieder auf verschiedene Weise lesen, aber ich habe ihn ganz bestimmt in meinem eigenen Interesse gelesen. Ich komme nämlich, um vielleicht das ein bisschen klar zu machen, ich komme nämlich aus einer bestimmten Geschichte, aus einem Kleinstaat und habe die Erfahrung gemacht, wo ein föderalistischer Staat zusammengebrochen ist und wie dann ein kleiner Staat wieder seine eigenen Verfassung geschrieben hat und sich einer größeren Einheit wie der Europäischen Union angeschlossen hat. Ob das Europa sich damit ausgeweitet hat und was sich ausgeweitet hat, ist eine andere Frage, aber sehr wichtige, denke ich, weil diese Frage stellt nämlich die Frage der Macht, wie wir die Macht verstehen, wer hat die Macht?

Also, ich habe die Erfahrung gemacht, und ich werde jetzt persönlich sprechen und nicht irgendwie theoretisch, habe die Erfahrung gemacht, dass das Auseinanderfallen von Jugoslawien von vielen Intellektuellen vor allem dem Nationalismus geschuldet sei. Der Nationalismus sei der wichtigste Grund für das Auseinanderfallen von Jugoslawien gewesen. Ich war streng gegen diesen Begriff von Nationalismus, der sehr undifferenziert war und der eigentlich irgendwie gesagt hat, dass Nationalismus und Rassismus dasselbe sind. Da wurde irgendwie gesagt, dass das, mit dem wir es im ehemaligen Jugoslawien zu tun gehabt haben, Nationalismen waren die zu Extremismen geworden sind, die letzten Endes den Hass und den Krieg und die Gewalt verursacht haben. Ich bin gegen eine solche Interpretation, weil ich persönlich und ich werde es jetzt so sagen, denke, dass wir Nationalismus eher im Zusammenhang mit der Frage der Macht in zwei, besonders heutzutage, in zwei Dimensionen sehen können. Einerseits kann Nationalismus gesehen werden als Kampf um die Macht, ein ganz bestimmter Kampf um die Macht in ganz bestimmten internationalen Zusammenhängen, besonders in der EU, und andererseits kann Nationalismus auch gesehen werden als eine Art Antwort auf Rassismus.

Und das haben wir gesehen bei Griechenland zum Beispiel. Und wir können uns die Frage stellen, ob wir Nationalismus nur als Schimpfwort verwenden, oder ob wir einen Begriff von Nationalismus haben, der uns gewisse Möglichkeiten öffnet, die Prozesse in denen wir sind zu verstehen und ich würde eher also diese zweite Möglichkeit unterstützen. Wir können uns zum Beispiel fragen, was die Frage Katalonien heutzutage heißt. Ist das ein schlechter

oder ein guter Nationalismus? Wollen wir dagegen sein oder dafür? Oder ist das etwa eine große Frage die heutzutage an Europa gestellt wird im Sinne von welche Art von Macht entwickelt sich in Europa, welche Art von Demokratie, wer kann die Demokratie haben und wer kann den Staat aufbauen, wie können die Staatsbürger ihre Rechte irgendwie wahrnehmen und verteidigen. So müssen wir die Frage des Nationalismus im Zusammenhang mit der Frage der Macht sehen. Ich weiß nicht, ob ich weiter mit den meisten Punkten, die Étienne Balibar in der Rede, aber auch im Buch macht einverstanden bin, denke aber, dass die Neugründung in Europa heute dringend notwendig wäre.

Die Frage dabei ist aber, ob die noch politisch agierenden Politiker fähig sind sie in der demokratischen Weise durchzuführen oder nicht. Doch, und das ist im Zusammenhang was ich früher gesagt habe, wenn wir über EU als derjenigen und nicht über Europa, ich würde eher über EU reden, als derjenigen die ein echt föderalistisches Prinzip einführen wird, dann stellt sich die Frage, was für ein Föderalismus in den vereinigten Staaten von Europa? Und was dabei mit dem heutigen Staat passiert? Der Staat, der allerdings im Niedergang ist ... innerhalb EU.

Und eine weitere Frage die sich stellt ist, mit welchen Staaten jetzt die EU rechnet, nämlich, ob es sich nur um die Differenzierung von existierenden Staaten im Kerneuropa handelt oder auch von Europa des zweiten Ranges? Und warum nicht? Ich sehe keinen Grund, dass wir dagegen wären, ob man vielleicht mit den neugegründeten Staaten innerhalb der EU rechnet zum Beispiel also die katalonische Frage, und die Frage, die heutzutage die Iren stellen.

Also wenn sie sagen London soll nicht über uns entscheiden, was passiert dort? Und die Frage ist, würden mehr neue innerlich gegründete Staaten weniger Einheit, weniger Macht bedeuten, weniger Souveränität? Oder vielleicht nicht. Also die Kommentare verschiedener EU-Politiker zu Katalonien – niemand hat wirklich eine Stellungnahme dazu gemacht.

Und ich musste eigentlich an die Frage denken, die sich Hannah Arendt in dem Buch von der Revolution gestellt hat, hinsichtlich der, wenn sie europäische Situation und die USA, die Revolutionen verglichen hat und dann sich die Frage gestellt hat, was für eine Rolle die föderale Macht in den USA bei der Gründung spielte und wie das Verhältnis zwischen föderaler Macht und den Staaten zustande gekommen ist in den USA. Ob das weniger Macht für

die Staaten und mehr Macht für die Föderation oder zugleich mehr Macht für die Staaten und mehr Macht für die Föderation bedeutet. Und sie hat den Schluss daraus gezogen, dass eigentlich im Falle der amerikanischen Verfassung nicht der Fall war. Und sie hat sich dabei auf Montesquieu bezogen und auch über Madison gesprochen und eigentlich gezeigt, wie die Teilung der Macht in den USA eigentlich das föderalistischste Prinzip unterstützen kann und eigentlich mehr Macht produziert, mehr Macht im positiven Sinne natürlich.

Antonia Grunenberg: Vlasta Jalušič hat gerade einen Gedanken von Arendt aufgenommen, den ich gerne an Sie weitergeben würde, an Sie beide oder Sie drei. Nämlich sie hat den arendtschen Gedanken der horizontalen Machterweiterung angesprochen. Frieder Otto Wolf hat eben gesagt, dass es alle Möglichkeiten gibt der Gegenmachtbildung, dass sie zum Teil wahrgenommen werden.

Ich frage mich nur, ob unser doch sehr dualistisch ausgerichtetes Modell von mehr Partizipation, dass wir nämlich gegen die da oben, gegen die Schweine, gegen die Technokraten agieren, ob das nicht ein falsches, oder ein problematisches Verständnis von politischer Machtbildung ist.

Frieder Otto Wolf: Das würde ich kaufen, aber der Prozess war auch anders. Also es gab diese Akzente und das ist dann auch national unterschiedlich akzentuiert worden. Aber es gibt eine europäische Zivilgesellschaft, die hat sogar ein Vertretungsorgan – den Wirtschafts- und Sozialrat –, in dem die organisierte Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen usw.) durchaus breit vertreten ist, der nur leider überhaupt keine Rolle spielt. Das ist im Wesentlichen ein Organ der Beratung, die keine Konsequenzen hat, aber da über diesen Kanal ist durchaus was zu mobilisieren.

Antonia Grunenberg: Und kommt das an?

Frieder Otto Wolf: Also, als ich Parlamentarier war, bin ich da auch öfter hingegangen, habe mit denen diskutiert. Also das Parlament, auch das europäische Parlament selber versucht solche Dialoge zu führen, also es gibt einmal diesen Kanal, dann gibt es die Versuche des europäischen Parlaments, das eben seine mangelnde Entscheidungsmacht versucht durch Einfluss aufzubessern. Also da gibt es schon Möglichkeiten einen europäischen Diskurs in Ansätzen zu führen. Aber die zentralen Entscheidungsstrukturen,

ich würde schon sagen die zentrale Staatsgewalt, die der Ministerrat und die Ministerräte, die Fachministerräte haben, lassen sich davon nicht beeindrucken. Und die Kommission ist eigentlich immer wieder auf diesem Terrain in der Form unterwegs gewesen, dass sie eine Förderstruktur aufgebaut hat um einzubinden und wenn sich das nicht mehr einbinden ließ, hat sie die Struktur wieder fallen gelassen.

Aber es wäre ja vorstellbar, dass die europäische Kommission hier eine Dialogstruktur aufbaut mit Förderung, man muss ja Reisekosten und Übersetzungskosten et cetera auch dann zur Verfügung stellen, wenn das zu unangenehmen Ergebnissen führt, das dann wieder fallen zu lassen. Man kann fast sagen, seitens der Kommission war das immer ein Wahlkampftrick. Rechtzeitig zum europäischen Wahlkampf hat sie so dann eine Dialogstruktur aufgeblasen und dann hinterher wieder eingehen lassen. Also da wäre es durchaus vorstellbar hier eine andere Politik zu machen und das kann eine Regierung in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen auch durchaus schon anschieben. Also das kann vom Parlament aus angeschoben werden, Regierungen können das fördern. Es zeigt sich ja nun an der Situation Griechenlands, dass Griechenland allein gelassen worden ist. Es hat ja kaum Solidarisierungen gegeben. Das ist aber kein Naturgesetz, sondern es ist selber eine Frage der politischen Auseinandersetzung, die in Deutschland allerdings ganz jämmerlich gelaufen ist.

Auch die deutschen Linken haben in der Frage eigentlich versagt und sich dann auch auf unsinnige Debatten eingelassen, ob jetzt Syriza seine Prinzipien verraten habe, was ich für eine unsinnige Fragestellung halte, weil Syriza hat ebenso allein gelassen nur ganz begrenzte Entscheidungsmöglichkeiten und Einflussmöglichkeiten gehabt und die haben sie genutzt. Man kann natürlich darüber diskutieren, ob sie dies oder jenes hätten besser machen können, aber dass sie in einer äußerst schwierigen Situation versucht haben sozusagen wenigstens das, was sich noch retten ließ zu retten, das wird man ihnen eigentlich nicht abstreiten können.

Also, insofern gibt es diese Ebenen europäischer Mobilisierung bereits, aber wir brauchen mehr davon. Und das wäre, glaube ich, gerade in Deutschland eine zentrale Aufgabe: sich klar zu machen, dass die europäische Politik keine Sache ist, die man vertrauensvoll Frau Merkel überlassen kann, sondern eine Sache, die uns angeht und in der wir uns aktivieren und mobilisieren müssen.

Étienne Balibar: Arendt hat die ganz wichtige Frage der Horizontalität und des möglichen Gegensatzes zwischen Horizontalität und Vertikalität der Macht der politischen Gewalt hervorgehoben. Und ich glaube das ist immer eine Dialektik gewesen und die Frage um welche Vertikalität es sich in der griechischen oder der attischen Polis handelt, ist eine komplizierte Frage, aber es war nur einfache Horizontalität.

Und wenn wir nach dem Grad demokratischer Selbstregierung oder Herrschaft in einer gewissen Gesellschaft fragen, dann muss man die beiden Aspekte zusammennehmen. Oder besser gesagt, ohne lebendige Horizontalität und neuen Formen, die sich unter gewissen geschichtlichen Umständen entfalten – das sind Bewegungen, das ist die Arbeiterbewegung, das ist die Frauenbewegung, das sind nicht nur Bewegungen, sondern auch Formen der Partizipation – ohne sie gibt es keine Demokratisierung der Vertikalität selbst.

Und daraus schließe ich, dass, wenn es heute wirklich in Europa, wie Frieder und andere gesagt und insistiert haben, eine neue Schicht, eine neue Form von Verwaltung entstanden ist, dann wird sich die Frage der Demokratisierung dieser neuer politischer Form nicht nur nach der Form einer besseren Zusammenwirkens der Verwaltung und der Bürger oder der Gesellschaften bestimmen, sondern auch indirekt, indem auch die Horizontalität sich autonom entwickelt und vielleicht gibt es dann Formen des Konfliktes zwischen den beiden.

Frieder Otto Wolf: Des Konfliktes und des Kontaktes.

Étienne Balibar: Aber das ist die Geschichte unserer Demokratie. – Ich glaube dass die Diskussion um den Populismus auch damit zu tun hat. Wir müssen nicht nur vom Populismus sprechen, ein Begriff, den ich mehr und mehr konfus und unklar finde, nicht nur von Nationalismus als eine ganz ernste Frage, und ich sage das natürlich als alter Marxist, weil für die Marxisten der Nationalismus immer etwas völlig unverständliches gewesen ist, sondern ich habe sogar auch von Faschismus oder Neo-Faschismus in Europa gesprochen. Das Problem Populismus ist für mich ein Doppeltes: mit dem Begriff Populismus und die Konfusion die damit liegt in der offenen Diskussion unter Politologen und politischen Leuten ist das fast immer mit Extremismus gleichgestellt.

Mein Freund, darf ich dich erwähnen? Uli Bielefeld, hatte einmal einen Begriff geschaffen, den ich ganz wichtig gefunden haben: *Extremismus der Mitte*. Ich glaube, dass wir es in der letzten Zeit auch mit einem Populismus der Mitte zu tun gehabt haben.

Vlasta Jalušić: Rassismus der Mitte würde ich auch sagen.

Étienne Balibar: Und das habe ich besonders zu beobachten geglaubt, wenn in Frankreich oder in Deutschland zur Zeit der sogenannten griechischen Schuldenkrise unsere Politiker uns erklärt haben, dass, wenn man die griechischen Schulden europäisiert und auch einen Schuldenschnitt macht, ja, dann würde das dem gewöhnlichen deutschen oder französischen Steuerzahler sehr viel kosten. Und das ist ein populistisches Argument im reinsten Sinne.

Also ich glaube, dass wir diesen Begriff nur als Symptom gebrauchen sollten, aber Symptom auch der Tatsache, und ich werde jetzt meine Kollegin und Freundin Catherine Colliot-Thélène erwähnen, weil ich wirklich glaube, das ist die andere Seite der Frage der Demokratie: das man eine Demokratisierung Europas nicht denken und entwickeln kann, wenn man die Idee eines europäischen Demos nicht annimmt, und natürlich es hat sehr viele Diskussionen darüber gegeben und alle die Theoretiker haben ihre Meinung abgegeben.

Ich glaube, dass negativ mindestens die Frage des europäischen *demos* wird durch die Diskussion über Populismus hineingebracht. Und dann natürlich gibt es Nationalismus, du hast schon darüber gesprochen. Ich sage nicht Nationalismus ist natürlich immer da, wo es Nationen gibt, aber Nationalismen können nicht gleichgesetzt werden, das hängt an den Umständen und an den Zielen, und dann gibt es das Problem des Faschismus oder Neo-Faschismus. Liege ich richtig, wenn ich diesen Begriff benutze?

Das Problem ist natürlich, dass es eine gefährliche Vokabel ist, das es ein Schimpfwort ist, das in den schlechtesten möglichen Kontroversen immer benutzt wird: „Du bist ein Faschist! Meine Kriterien, mein wesentliches Kriterium, um nicht nur von Populismus konfus oder nur negativ, Symptom, symptomatisch, nicht nur Nationalismus, neuer Nationalismus, neue Nationalitäten-Frage zu sprechen, mein Kriterium ist das Kriterium des neuen Rassismus in Europa und der Verbreitung und der Beziehungen, ich würde sagen, indirekt oder vielleicht auch sogar direkt, direkten Anschlüssen zwischen diesen allen diesen Bewegungen.

Und natürlich der Rassismus, der gemeine Rassismus benutzt einen gemeinsamen Feind und dieser Feind ist der muslimische, islamische Einwohner, Migrant in Europa heute. Vor einigen Jahren hätte ich vielleicht das milder eingeschätzt, ich hätte gesagt, ja natürlich es gibt immer Schichten, Gruppen, Bewegungen, die zugleich mit dem alten Antisemitismus auch die neue Islamophobie verbreiten – aber vielleicht bin ich zu pessimistisch, ich habe den Eindruck, dass wir jetzt in eine neue Phase geraten sind.

Und der Grad der Ausbreitung oder der Kapazität sagen wir dieses Diskurses hat sich enorm vermehrt und wir können nicht einfach das Problem auf der moralischen Ebene angehen.

Antonia Grunenberg: Irgendwie ist unsere Diskussion, die ja auch mit etlichen Schwierigkeiten der Verständigung zu tun hat, nämlich wie sich die Sprachen zueinander verhalten und wie sich die kulturellen Kontexte der Sprachen zueinander verhalten, irgendwie ist das typisch europäisch.

Martin Nonhoff: Zur Ausgangsfrage nach der Machterweiterung: Ich bin mir nicht sicher, ob man die so unqualifiziert als die gute Frage stellen sollte, denn zunächst mal geht es doch darum, dass wir möglichst wenig beherrscht werden wollen, wirklich wenig regiert werden wollen. Und die Frage nach der Machterweiterung stellt sich dann, wenn sie notwendig ist, um andere Machtkonzentrationen, aber vor allem Unterwerfungsbestrebungen, Herrschaftsbestrebungen einzugrenzen, einzuschränken.

Und dann stellt sich aber immer die Frage: erzeugt man nicht, also ruft man nicht Geister, die man dann nicht mehr loswird. Die Frage ist dann tatsächlich, welcher Akteur, welchem Akteur kann man mehr trauen? Ich würde es tatsächlich mit Machiavelli halten, der sagt: „Dem Volk lässt sich immer mehr trauen, als den Eliten“, wenn es darum geht, wo Macht konzentriert werden sollte, „denn das Volk will nicht regiert werden, während die Eliten herrschen wollen.“



Veranstalter

Hannah-Arendt-Preis für
politisches Denken e. V.
Heinrich Böll Stiftung Bremen
Heinrich Böll Stiftung Berlin
Senat der Freien Hansestadt Bremen
in Kooperation mit dem
Institut Français Bremen

Heinrich Böll Stiftung Bremen
Carl-Ronning-Straße 9
28195 Bremen
ruedel.boell@arcor.de

Alle Fotos © Wolfgang Weiss